



Die Beauftragte der Bundesregierung
für die neuen Bundesländer



zsh

Zentrum für Sozialforschung Halle e.V.
an der Martin-Luther-Universität
Halle-Wittenberg

Deutschland 2014

25 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit –
öffentliche Vorstellung der Ergebnisse eines Forschungsprojekts

Sind wir ein Volk?

Kurzzusammenfassung der Ergebnisse

Februar 2015



Impressum:

Herausgeber
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi)
Öffentlichkeitsarbeit
11019 Berlin
www.bmwi.de

Bezugsquelle:

www.beauftragte-neue-laender.de

Stand:

Februar 2015

Text und Gestaltung:

Zentrum für Sozialforschung Halle e.V. (ZSH)
an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Ausführende Projektgruppe:

- Prof. Dr. Everhard Holtmann, Zentrum für Sozialforschung Halle (ZSH) an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg,
- Prof. (i.R.) Dr. Oscar W. Gabriel, Technische Universität Stuttgart,
- Prof. Dr. Jürgen Maier, Universität Landau,
- Prof. Dr. Michaela Maier, Universität Landau,
- Dr. Melanie Leidecker, Universität Landau,
- Dipl. Soz. Tobias Jaeck, Zentrum für Sozialforschung Halle (ZSH)

Bevölkerungsumfrage:

Deutsche Bevölkerung im Alter ab 14 Jahren in Deutschland,
repräsentative Zufallsauswahl, insgesamt 2001 Personen,
Erhebungszeitraum 15. September bis 10. Oktober 2014,
durchführendes Institut: infratest dimap Berlin,
Ansprechpartner: Richard Hilmer, Uwe Meergans

Im Anhang:

Ausgewählte Abbildungen

Publikationshinweis:

Eine ausführliche Fassung der Studie wird etwa im September 2015 als Veröffentlichung in der Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) erscheinen.

Diese Handreichung ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt.

A Traditionslinien politischer Kultur vor der Wiedervereinigung. Das Erbe der DDR und der älteren Nationalgeschichte im politischen Denken und im gesellschaftlichen Bewusstsein Ostdeutscher – Theoretische Annahmen und historische Entwicklungslinien

1. Ein zentrales Ziel der vorliegenden Untersuchung ist es, *Konvergenzen und Divergenzen*, also Tendenzen der Annäherung und der Auseinanderentwicklung in den Einstellungen der deutschen Bevölkerung darzustellen, wie sie sich während der zweieinhalb Jahrzehnte seit der Wiedervereinigung im östlichen und westlichen Landesteil als Bestandteile einer gesamtdeutschen politischen Kultur herausgeschält haben.

2. Der Analyse liegt als Ausgangsüberlegung die Annahme zugrunde, dass die politischen und gesellschaftlichen Einstellungen, die zum Zeitpunkt der deutschen Einigung 1990 und in den 25 Jahren danach gemessen wurden, eine eigene Vorgeschichte haben, die im Falle Ostdeutschlands in die DDR und in beiden Teilgesellschaften teilweise zeitlich noch weit bis ins 19. Jahrhundert zurückreicht.

3. Diese sehr viel älteren Absichtungen im politischen Denken und im gesellschaftlichen Bewusstsein, in denen eine historische Pfadabhängigkeit erkennbar wird, sind keineswegs ein ostdeutsches Alleinstellungsmerkmal. Vielmehr haben solche kulturellen Traditionsbestände während der Epoche der deutschen Teilung auch in der Bundesrepublik überdauert. Beispielhaft hierfür ist die ausgeprägte wohlfahrtsstaatliche Erwartungshaltung, die zwischen 1945 und 1990 in beiden deutschen Teilgesellschaften vorherrscht hat. Obwohl diese Orientierung unter den seinerzeit gegebenen Bedingungen des Wettstreits der Systeme in die antagonistischen Normvorstellungen eines im Westen demokratischen und im Osten autokratischen Staatsmodells eingebettet war, blieben die gemeinsamen historischen Wurzeln der älteren deutschen <Staatskultur> hier wie dort gleichwohl erhalten.

4. Im Zuge der Wiedervereinigung sind die Pfade der deutschen <Staatskultur>, die vier-einhalb Jahrzehntlang getrennt verlaufen waren, wieder zusammengeführt worden. Dass sich dabei sehr bald eine ost-/westdeutsche *Konvergenz* der Grundeinstellung abzeichnete, überrascht vor dem gemeinsamen Traditionshintergrund ebenso wenig wie die im Osten Deutschlands bei demselben Einstellungsmuster, verglichen mit Westdeutschland, fortwirkende *Differenz*, was die erwünschte Reichweite und Leistungstiefe wohlfahrtsstaatlicher Angebote betrifft. Hierbei machte - und macht sich bis heute - bemerkbar, dass Ostdeutsche eine doppelte Tradition, in welcher ältere historische Kulturmuster mit DDR-spezifischen Leitvorstellungen verschmolzen gewesen waren, in die gesamtdeutsche politische Kultur eingebracht haben. Deshalb wird im ersten inhaltlichen Kapitel der Studie ein besonderes Augenmerk auf die ostdeutschen Vorprägungen der seit 1990 gesamtdeutschen politischen Kultur gerichtet.

5. Die folgende Darstellung beschreitet folglich methodisch den Weg der *Historisierung* des Gegenstands der Untersuchung. Das heißt: Die aktuelle Bestandsaufnahme der politischen Kultur in Deutschland, die so genannte Meta-Analyse jener Umfragedaten, die als

Längsschnitterhebungen verfügbar sind, zeichnet nicht nur Trendlinien politischer und gesellschaftlicher Einstellungen zwischen 1990 und 2014 anhand empirischer Daten nach. Vielmehr werden diese Daten mit ihren gesondert ausgewiesenen ostdeutschen Aus- und Vorprägungen auch in den Traditionshintergrund der DDR eingeordnet und aus diesem heraus erklärt. Historisierung bedeutet hier also das Beschreiben politisch-kultureller Verläufe *und* ihr Verstehen als Ausdruck der Spuren einer Vergangenheit, die in die Gegenwart hinein reichen.

6. Historisierung, oder übersetzt: die Entdeckung von Geschichtlichkeit, kommt nicht aus ohne *Periodisierung*. Das Jahr 1990 markiert nicht nur das Datum der formell abgeschlossenen Einigung. Vielmehr ist es zugleich ein Scheitelpunkt bzw. Scharnierjahr, in dem sich der Systemwechsel beschleunigt und schließlich vollzogen hat. So betrachtet, öffnet dieses Jahr den Zugang zum Verständnis der langfristigen kulturellen Entwicklungslinien des Einigungsprozesses in zwei Richtungen: Die Zeit *davor* lässt sich, was Ostdeutschland betrifft, als eine vorauslaufende Phase kultureller Prägungen verstehen, deren Erträge in das vereinigte Deutschland als Beitrag seines östlichen Teils eingebracht worden sind. In der Zeit *danach* haben die aus der DDR stammenden kulturellen Überhänge im geeinten Deutschland teilweise noch weiter fortbestanden. Auf diese gemischte Gefühlslage lässt sich die vielzitierte „gespaltene Kultur“ in den Anfangszeiten des geeinten Deutschland zurückführen.

7. Wie die im Untersuchungsbericht ausführlich zusammengestellten Daten dokumentieren, geht dem Jahr der Transition 1990 in der DDR eine „Inkubationszeit“ des Umbruchs voraus, welche die Jahre 1988 und 1989 umfasst. Innerhalb dieser Zeitspanne, die ab etwa dem 2. Halbjahr 1988 bis Ende 1990 währte, hat sich der Umbruch angekündigt und vollzogen. Nimmt man das erste „Jahr danach“ hinzu, so bezeichnen die rund dreieinhalb Jahre von Mitte 1988 bis Ende 1991 jene Kernzeit, in welcher sich die historischen Vorgänge von Transition und Transformation im Osten Deutschlands auch auf der Einstellungsebene verdichteten.

8. Theoretischer Ausgangspunkt für die inhaltliche Anordnung und Aufbereitung der in der Studie dokumentierten Einstellungsanalysen ist das politikwissenschaftliche Analysekonzept der *Politischen Kultur*. Erfasst wird damit gemäß der klassischen Definition der US-amerikanischen Politikwissenschaftler Gabriel Almond und Sidney Verba die Gesamtheit der in einer Gesellschaft vorhandenen Orientierungen, die auf das politische System als Ganzes sowie auf seine einzelnen Institutionen, Verfahrensweisen und Akteure, auf seine Angebote und Leistungen hin ausgerichtet sind. Zur subjektiven Einschätzung von Politik gehört demzufolge auch, wie der Einzelne seine Position wahrnimmt, die ihm innerhalb der politischen Ordnung eingeräumt wird; in der Pionierstudie von Almond/Verba wird dies umschrieben als „die Rolle des Selbst im System“.

9. Eine wichtige Messgröße einer politischen Kultur ist das Ausmaß an „genereller“ und „spezieller“ *Unterstützung*, das einer politischen Ordnung sowie ihren Institutionen und jeweiligen Akteuren (Parlament, Regierung, Parteien etc.) gewährt wird. Unterstützung setzt *ideelle Identifikation* mit dem System, *Vertrauen* in seine Repräsentanten und

Zufriedenheit mit dem Funktionieren und den konkreten Leistungen der Politik voraus. Damit sind zugleich aussagekräftige Indikatoren politischer Kultur benannt, auf die wir im empirischen Teil der Studie abheben.

10. Politische Kultur ist folglich ein vielschichtiges psychologisches Gebilde, das sich aus individuellen Denkweisen, Bewertungen, Gefühlen und Stimmungen der Mitglieder einer Gesellschaft und ihrer Untergruppen zusammensetzt. Politische Kultur meint aber stets mehr als die bloße Addition von gedanklichen, gefühlsmäßigen und wertenden Bekundungen der vielen Einzelnen. Hinzu kommen außerdem überindividuelle kulturelle Gebrauchsgüter, wie beispielsweise Weltbilder, Mentalitäten, Zeitgefühle und Lebensweisen („ways of life“), die als Anker im Fluss tagesflüchtiger Eindrücke und Meinungswechsel ausgeworfen werden. Solche kulturellen Muster sind in individuell erhobenen Einstellungsdaten nur indirekt und erst auf den zweiten Blick erkennbar. Doch stellen sie tragende Teile im aus mannigfachen Einzeldaten errichteten Gebäude der politischen Kultur dar, und vornehmlich sie sind es, die eine über lange Perioden reichende, historisierende Einordnung ermöglichen.

11. Die politische Kultur ist zudem mit der Sozialkultur einer Gesellschaft eng verwoben. Die politischen Orientierungen im engeren Sinne sind eingebettet in soziale Umgebungen, wo Werte wie Vertrauen und informelle Regeln sozialen Verhaltens vermittelt werden. Solche Lebensregeln sind nicht exklusiv politisch definiert. Aber Orientierungen, die aus dem Wirkungskreis der Konventionen und Moralvorstellungen von privaten Lebenswelten bzw. aus dem sozialen Umfeld herrühren, beeinflussen auch die politische Kultur. Konkret können sie sich etwa auf das Ausmaß der Unterstützung der politischen Ordnung festigend auswirken, sie können einen solchen „Support“ aber ebenso gut aufweichen.

12. Neben der <Staatskultur>, die bis heute ein beherrschendes Moment der deutschen politischen Kultur geblieben ist, finden wir zwei weitere Bereiche vor, die in je besonderer Weise kulturbildend wirken. Die Begriffsbildung des historischen Politikforschers Karl Rohe aufnehmend, bezeichnen wir diese Felder als <Gemeinschaftskultur> und <Gesellschaftskultur>. Erstere umschließt den inneren Ring der sozialen Verkehrskreise von Familie, Nachbarschaft, Freunden, ferner von Vereinen und Betrieben, also die Bandbreite sozialer Beziehungen zwischen Privatleben und Beruf. Letztere erfasst die Sphäre, wo kollektive Interessen mit dem Anspruch auf öffentliche Durchsetzung formuliert und vertreten werden.

13. Ob und inwieweit sich Gemeinschafts- und Gesellschaftskultur autonom entwickeln können, hängt ab vom Charakter des politischen Regimes. Das lässt sich auch für Deutschland veranschaulichen: Während der Bereich der Staatskultur in der DDR sehr viel weiter ausgedehnt war und im Grunde nur eine staatlich abgeleitete Gesellschaftskultur zugelassen hatte, konnte sich diese in der Bundesrepublik eigenständiger entwickeln. Nach der deutschen Einigung haben sich hier in Ostdeutschland die Gewichte verschoben. Im empirischen Teil des Projektberichts greifen wir die Unterscheidung nach

den drei genannten Kulturbereichen auf. Allerdings ist eine durchgehende Zuordnung der einzelnen Einstellungsvariablen zu den drei Kulturmustern nicht möglich.

B Einstellungen und Stimmungslagen in der DDR. Befunde der „Stellvertreterforschung“

14. Die Untersuchung folgt folgendem Gliederungsschema: Zunächst gehen wir zurück in die Zeit der DDR und nehmen Einstellungsdaten in den Blick, die für diese Zeit in sehr begrenztem Umfang vorliegen. Sodann ziehen wir für das Einigungsjahr 1990 aus dem ungleich reichhaltigeren Umfragematerial ausgewählte Datenbestände heran, die geeignet erscheinen, um auf diesem historischen Scheitelpunkt die politisch-kulturelle Ausgangslage bei Eintritt in eine gesamtdeutsche politische Kultur zu dokumentieren. Schließlich führen wir den Bogen fort in „das Jahr danach“, also das Jahr 1991, in dem vor dem Hintergrund der heraufziehenden Umbruchskrise die Stimmung einbrach.

15. Da direkte Befragungen der DDR-Bürger seinerzeit nicht möglich waren, entwickelte das Institut Infratest das Instrumentarium der sogenannten *Stellvertreterforschung*. Dabei machten westdeutsche DDR-Besucher Angaben zu ihren privaten Gesprächspartnern in der DDR („Person X“) in standardisierter und anonymisierter Form. So wurden indirekt über Besucher der DDR Auskünfte eingeholt, die über Einstellungen, Meinungen und Verhaltensweisen der Bevölkerung der DDR Aufschluss gaben. Insgesamt wurden nach dieser Methode zwischen 1968 und 1989 jährlich angewandten Methode rund 27000 Interviews geführt.

16. Naturgemäß sind die Forscher bei der Auswertung ihrer Daten seinerzeit mit Blick auf mögliche Verzerrungseffekte zurückhaltend gewesen. Sie gingen nach eigenem Bekunden davon aus, dass ihre Ergebnisse „lediglich im Sinne von globalen Trends zu interpretieren sind, das heißt keine harten quantitativen Verteilungen aufweisen“. Dennoch kamen die Befunde, wie sich nach 1990 herausstellte, der damaligen Stimmung in der DDR ziemlich nahe, näher jedenfalls als das zeitgenössische Bild, das sich viele Politiker, Medien und Wissenschaftler von der Stimmung in Ostdeutschland gemacht hatten. Aus Sicht der projektbegleitenden Forschung ist die Erklärung dafür recht einfach: „Am ehesten vertraute man hier noch den westdeutschen Besuchern, meist Verwandten, denen man fast als selbstverständlich eine westorientierte und damit ostunabhängige Haltung unterstellte“.

17. Nun zu ausgewählten Befunden dieses einzigartigen Datenbestandes. Zunächst das Stichwort *Meinungsfreiheit*: Im Jahr 1988 waren 44 Prozent der Bürger der DDR der Auffassung, es ginge in der DDR „insgesamt freier zu als noch vor wenigen Jahren“. Für 50 Prozent hatte sich, trotz der inzwischen seitens der Regierung gewährten Reiseerleichterungen, nichts geändert. Und wie schon bei derselben Frage im Jahr 1972 hielten es zwei Drittel der DDR-Bürger nach wie vor für angebracht, in ihren öffentlichen Äußerungen Vorsicht walten zu lassen. Nur 1969 hatte das Ausmaß der Selbstkontrolle mit 70 Prozent noch höher gelegen.

18. *Zufriedenheit mit den politischen Verhältnissen:* Mit den politischen Verhältnissen in ihrem Land waren die Bürger der DDR während der letzten eineinhalb Jahrzehnte des Bestehens dieses Staates mehrheitlich unzufrieden. Zwischen 1975 und 1980 stieg die Zahl derer, die eine Verschlechterung der politischen Lage feststellten, von 14 auf 40 Prozent fast um das Dreifache an. Danach ging diese Quote bis auf 17 Prozent im Jahr 1987 zurück. Zugleich stieg die Zahl derer, die keine Veränderung beobachteten, auf rund zwei Drittel der Bevölkerung – ein Zeichen wachsender Resignation. 1988 zeichnete sich wieder eine auffällige Verschlechterung des politischen Klimas ab, die sich 1989 nochmals verstärkte.

19. *Unterstützung des Systems:* Im Trendverlauf erhöhte sich die Anzahl der Systemgegner von Anfang der 1970er bis Anfang der 1980er Jahre auf etwa 30 Prozent. Insgesamt hielten sich die Anteile der Befürworter des Systems und der erklärten Gegner etwa die Waage. Die Mehrheit der DDR-Bürger zeigte sich, so die Analyse von Infratest, „gegenüber dem politischen System in der DDR angepasst bzw. resigniert“. Erst 1989 stieg die Zahl der Systemgegner rapide an auf knapp 40 Prozent. Umgekehrt mochten sich im gleichen Jahr nur noch gut 13 Prozent, 10 Prozentpunkte weniger als im Jahr davor, mit dem herrschenden System identifizieren.

20. *Systemidentifikation:* Seit Ende der 1970er Jahre dominierte in der DDR eine Grundhaltung, die mit folgenden Merkmalen beschrieben werden kann: Geringe Identifikation mit der DDR, Angepasstheit an die dort gegebenen Verhältnisse, mäßiges bis starkes politisches Interesse sowie eine starke Orientierung an der Bundesrepublik. Dieser Grundhaltung konnten durchgehend zwischen 70 und 80 Prozent der Bevölkerung zugeordnet werden. Nur eine Minderheit von maximal etwas mehr als 15 Prozent hat sich entschieden zur DDR bekannt. Doch auch dieses Bevölkerungssegment bekennender DDR-Anhänger war in der Spätzeit der DDR nicht mehr eine sichere Bank für das Regime. Ende der 1980er Jahre kam es auch hier zu Erosionserscheinungen der Systemloyalität, nicht zuletzt deshalb, weil West-Reisen einen starken Eindruck hinterlassen und für die offizielle Propaganda weniger empfänglich gemacht hatten. Die Fortschreibung der Daten zeigt: Im Jahr 1989 halbierte sich die Zahl der starken Systemidentifizierer.

21. *Beteiligung am öffentlichen Leben:* Die Teilnahme an Veranstaltungen, die von öffentlichen Organisationen wie Parteien und Verbänden angeboten werden, beschreibt ein Merkmal der staatsaffinen *Gesellschaftskultur* der DDR. Zwischen 1974 und 1983 hat nur rund ein Viertel der DDR-Bewohner oft oder regelmäßig Veranstaltungen der SED, der Blockparteien oder anderer Massenorganisationen besucht. Der typische „organisationsaktive“ DDR-Bürger war männlich, mit höherem Schulabschluss, im Berufsleben Angestellter und jünger als 30 Jahre. Arbeiter blieben Veranstaltungen vergleichsweise häufiger fern. Zu Beginn der 1980er Jahre stieg die Beteiligungsfrequenz an. Das Grundmuster der sozialen Verteilung blieb dabei unverändert.

22. *Motive des Organisationsbeitritts:* Was das Verständnis der Mitgliedschaft in einer Organisation (Partei, FDJ, FDGB etc.) betrifft, hat sich die Bevölkerung der DDR mehrheitlich der herrschenden autoritären Gesellschaftskultur angepasst: 42 Prozent aller

verbandlich Organisierten und mit 39 Prozent fast ebenso viele SED-Mitglieder gaben 1970 als Beitrittsmotiv an, „um Schwierigkeiten zu vermeiden“. Aufgrund „innerer Überzeugung“, also aus freien Stücken, waren etwa jeder vierte verbandlich Organisierte und jedes dritte SED-Mitglied beigetreten. 33 Prozent aller Organisierten und 28 Prozent der Mitglieder der Einheitspartei nannten ein zweckrationales Beitrittsmotiv („wegen der Vorteile“).

23. *Tauschwirtschaft für knappe Güter*: Angesichts der in der DDR chronisch herrschenden Mangelsituation waren die Möglichkeiten, „unter der Hand durch Beziehungen schneller an Dienstleistungen oder Waren heranzukommen, die sonst nur schwer zu haben sind“ (so eine Frageformulierung einer Stellvertreterumfrage), für die meisten DDR-Bewohner eine wichtige Erleichterung im Alltag. Als knappe Güter, die nur durch Tausch oder gute Kontakte leichter zu beschaffen waren, wurden im Jahr 1979 vor allem genannt: Delikatessen und Südfrüchte, Baustoffe jeder Art, Ersatzteile für Auto und Motorrad sowie Reparaturleistungen durch Handwerker. Auch DDR-Bürger, die sich mit dem System stark identifizierten, stellten dieselbe Mängelliste zusammen. Diese Tauschwirtschaft, die wie eine Bietergemeinschaft auf Gegenseitigkeit funktionierte, kann der Sphäre der *Gemeinschaftskultur* zugeordnet werden.

24. *Wichtige Dinge im Leben*: Dass *Gemeinschaftskultur* und *Privatheit* zu Zeiten der DDR eine enge Verbindung eingegangen waren, bezeugen Aussagen darüber, was aus Sicht der Ostdeutschen seinerzeit „im Leben besonders wichtig“ war. Ganz oben rangierten hier im Jahr 1979 eine gute Partnerschaft/Ehe, eine gemütliche Wohnung, eigene Kinder, möglichst viel freie Zeit für das Privatleben sowie der Zusammenhalt in der eigenen Familie. Berufliche Karriere, Auto, Anschaffungen und Reisen nahmen mittlere Plätze ein. Nur eine Minderheit hielt politische Aktivität (17 %) und den Einsatz „in der Freizeit für die Gemeinschaft“ (28 %) für besonders erstrebenswert. Diese beiden Formen öffentlichen Engagements, wie übrigens auch Karriere im Beruf, stuften überzeugte Anhänger des Systems – die allerdings eine überschaubare Minorität von rund 10 Prozent der Bevölkerung bildeten – ungleich höher ein. An der Rangfolge der wichtigen Dinge hatte sich bis 1985 nicht viel geändert. Lediglich der Wunsch, „kritisch äußern, wenn einem was nicht passt“, schloss zur Spitzengruppe wichtiger Dinge auf.

25. *Berufsorientierung und Karrieredenken*: Berufstätigkeit wurde anfangs der 1970er Jahre ganz überwiegend, nämlich von über 80 Prozent der DDR-Bürger, als notwendiger Broterwerb aufgefasst. Nur kleine Minderheiten taten dies aus Freude am Beruf (18 %), aus beruflichem Ehrgeiz (12 %) oder aus einem ideologisch gefestigten Arbeitsethos (11 %) heraus. Jüngere unter 30 Jahren äußerten sich bezüglich einer Karriere etwas ambitionierter (22 %).

26. *Betriebsklima*: Die Arbeitsstätte wurde nur von einer Minderheit als eine gefahrenfreie Zone freier Meinungsäußerung eingeschätzt. Knapp die Hälfte (49 %) befürchtete Nachteile davon, im Betrieb „ganz offen über Probleme und Missstände zu sprechen“. Andererseits wurde das Betriebsklima zumeist als kollegial empfunden (49 %). Solidarität und gute Zusammenarbeit lobten 52 Prozent. Lediglich 18 Prozent beschrieben ihre

Vorgesetzten als „eher streng autoritär“. Für viele (40 %) war es normal, mit Betriebskollegen auch außerhalb der Arbeitszeit freundschaftlichen Kontakt zu pflegen. Offenbar diente die Betriebsgemeinschaft als ein Ankerplatz der Gemeinschaftskultur, wo die Grenze zwischen Beruf und Privatleben durchlässig blieb.

27. *Allgemeine Lebensbedingungen*: Seit 1968, dem Beginn der Stellvertreterforschung, hat stets nur eine Minderheit der Ostdeutschen, die meist deutlich unter 30 Prozent lag, die allgemeinen Lebensbedingungen in ihrem Land als gut oder sehr gut empfunden. Ungefähr ebenso viele Bürger beurteilten die Bedingungen ihres Alltags als ausgesprochen schlecht. Die große Mehrheit entschied sich regelmäßig für eine mittelmäßige Einstufung. In den 1980er Jahren gewann die kritische Einschätzung deutlich an Breite. Der Vergleichsmaßstab, der für den DDR-Bürger wirklich zählte, war, wie Infratest beobachtete, die Bundesrepublik. Diese vergrößerte aus Sicht der DDR-Bürger auf nahezu allen Gebieten ständig ihren Vorsprung gegenüber der DDR.

28. *Zufriedenheit mit dem Konsumgüterangebot*: Diese Einstellung war starken Schwankungen unterworfen. Als besonders kritisch wurde die Versorgungslage zwischen 1979 und 1983 empfunden. Auch bei der Einschätzung der Konsumchancen stieg der Pegel der Kritik im Jahr 1989 deutlich an.

29. *Besserung oder Verschlechterung der Wirtschaftslage*: Fast immer waren es deutlich mehr als 50 Prozent der DDR-Bürger, die eine Stagnation der wirtschaftlichen Situation in ihrem Land wahrnahmen. Auch die künftige Entwicklung der eigenen wirtschaftlichen Lage wurde überwiegend skeptisch eingeschätzt. Um die 60 Prozent erwarteten hier keine wirkliche Änderung. Diese Befürchtung wurde vorwiegend von den berufsaktiven Jahrgängen der 30- bis 49-Jährigen gehegt.

30. *Subjektiver Systemvergleich DDR/Bundesrepublik*: Die Bundesrepublik schnitt im subjektiven Vergleich der Systeme aus Sicht der DDR-Bürger in vielem besser ab. Was beispielsweise wirtschaftliche und soziale Sicherheit, Chancengleichheit und eine bessere Zukunft betrifft, war die Bundesrepublik der DDR nach Ansicht des weit überwiegenden Teils der ostdeutschen Bevölkerung klar überlegen. Hingegen wurden der DDR schon seit den 1970er Jahren Systemvorteile in den Bereichen „Schutz vor Kriminalität“ und „Hilfsbereitschaft der Menschen untereinander“ zugesprochen.

C Inkubationszeit des Umbruchs: die Umschaltjahre 1988 und 1989

31. *Genommene Freiheiten*: Die allgemeine Stimmungslage war in den ‚vorletzten Jahren‘ der DDR zwiespältig. Einerseits wuchs vorübergehend die Minderheit jener Ostdeutscher an, die sich mit dem herrschenden System stark identifizierten. Andererseits häuften sich die Symptome schwindender politischer Unterstützung und wachsender wirtschaftlicher Unzufriedenheit. Mehr Bürger gewannen überdies den Eindruck, ihre Meinung frei äußern zu können.

32. *Subversive Wirkung der Westreisen*: Die Ende der 1980er Jahre häufiger gewährten Reiseerleichterungen haben den Erwartungsdruck auf das System mindestens so stark

erhöht, wie sie ihm politisch Luft verschafften. Jeder vierte Westreisende empfand, wie Infratest notierte, nach seiner Rückkehr die Verhältnisse im eigenen Land noch negativer als vor seinem Westbesuch. Überdurchschnittlich häufig kamen gerade solche Westbesucher bei ihrer Meinung über die Bundesrepublik ins Grübeln, die sich vergleichsweise stark mit dem System der DDR identifizierten. Die Bundesrepublik wurde nach der Rückkehr in das eigene Land im Übrigen keineswegs nur unkritisch positiv gesehen: Gut jeder fünfte Besucher aus der DDR nannte auch Schattenseiten der westdeutschen Wohlstandsgesellschaft, wie Arbeitslosigkeit, soziale Unterschiede, Kriminalität und Drogenprobleme. Insgesamt blieb jedoch der Eindruck besserer Lebensqualität haften. Die Bundesrepublik wurde vor allem als ein wohlhabendes Land erfahren.

33. *Glasnost und Perestroika als Türöffner zur Systemreform*: Im Sommer 1989 wuchsen in der DDR-Bevölkerung die Erwartungen, dass sich die politischen und gesellschaftlichen Zustände nachhaltig verändern würden. „Glasnost“ und „Perestroika“ waren für die Mehrheit ein Gesprächsthema, und die allermeisten Ostdeutschen (81 %) erhofften sich von den Reformimpulsen aus anderen Staaten des Ostblocks einen Übersprungeffekt in die DDR. Erste Anzeichen dafür, dass sich das SED-Regime bewegte, sahen einstweilen jedoch nur wenige (12 %). Als Treiber gesellschaftlicher und politischer Veränderungen wurden jetzt vorrangig regimekritische Selbsthilfegruppen und die Evangelische Kirche angesehen. Immerhin ein Viertel der Bevölkerung schrieb zu diesem Zeitpunkt der FDJ bzw. jüngeren SED-Mitgliedern den Willen zur Reform zu. Die Gewerkschaften und insbesondere die Blockparteien rangierten unter ferner liefen

D Einstellungen der DDR-Bürger am Vorabend der deutschen Vereinigung (Frühjahr bis Sommer 1990)

34. *Aufbruch als Momentum des ostdeutschen Vormärz*: Hoffnung, Aufbruchsstimmung und Zuversicht kennzeichneten die Erwartungen, welche die große Mehrheit der Ostdeutschen im „Vormärz“ der deutschen Einheit hegte. In den Einstellungen der Bevölkerungen beider deutscher Staaten überwogen zu diesem Zeitpunkt von Frühjahr bis Sommer 1990 die Gemeinsamkeiten. Mehr als 90 Prozent der Ostdeutschen verbanden im März 1990 die bevorstehende Herstellung der deutschen Einheit mit einem Gefühl der Freude oder sogar sehr großen Freude. Auch in Westdeutschland überwog seinerzeit mehrheitlich die Zustimmung zur Wiedervereinigung, allerdings auf einem um mehr als 20 Prozentpunkte niedrigeren Niveau. Etwa jede(r) vierte befragte Westdeutsche zeigte sich „nicht erfreut“ oder „gleichgültig“.

35. *Einschätzung der Folgen der Wiedervereinigung*: Dass die Vereinigung Probleme mit sich bringen würde, dachten im Frühjahr 1990 mehr West- als Ostdeutsche. Dass es beispielsweise schwierig werden würde, die sozialen Sicherungssysteme beider bisheriger Staaten anzugleichen, glaubten fast 84 Prozent der Westdeutschen und gut 76 Prozent der Ostdeutschen. Zwei von drei Ostdeutschen und sogar acht von zehn Westdeutschen gaben zu bedenken, Deutschland werde „auf Jahre hinaus mit seinen eigenen Problemen beschäftigt sein“. Jedoch zeigten sich fast gleich viele in West (gut 70 %) und Ost (annä-

hernd 74 %) zuversichtlich, dass zumindest „die Übergangsschwierigkeiten sehr schnell behoben sein“ würden.

36. *Von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft*: Dass die deutsche Einheit materielle Umverteilungen von West nach Ost im Gefolge haben werde, erwarteten fast zwei Drittel der westdeutschen Bevölkerung, aber nur ca. 46 Prozent der Ostdeutschen. Aufgrund der eigenen langjährigen Erfahrungen mit den Mängeln der Planwirtschaft schätzten DDR-Bürger die Selbstheilungskräfte ihres Wirtschaftssystems und dessen bleibende Spuren in der marktwirtschaftlichen Ordnung der Bundesrepublik weniger zuversichtlich, d.h. realistischer als der Westen ein.

37. *Unterschiedslose Bejahung des Modells der Leistungsgesellschaft*: Dass das, was jemand im Leben erreiche, in erster Linie von den eigenen Leistungen und weniger von äußeren Einflüssen abhängen – davon waren im März 1990 fast drei Viertel der damaligen Bundesbürger, aber auch gut 70 Prozent ihrer ostdeutschen Landsleute überzeugt. Ebenso klare Mehrheiten beider deutscher Teilgesellschaften hielten Ungleichheit in Einkommen und sozialem Status dann für gerechtfertigt, wenn sie das Ergebnis individuell genutzter Chancen sei. Ersichtlich hatten sich zu diesem Zeitpunkt die meisten Ostdeutschen vom realsozialistischen Leitbild einer klassenlosen Gesellschaft bereits geistig verabschiedet und sich dem liberal-bürgerlichen, in die soziale Marktwirtschaft der Bundesrepublik überführten Aufstiegsmodell der gleichen Start- und Teilhabechancen innerlich zugewandt. Fleiß, Ehrgeiz, Kreativität und Phantasie als persönliche Leitbilder waren in Ostdeutschland im Frühjahr 1990 genauso hoch oder sogar noch höher verbreitet als in der Bundesrepublik.

38. *Generalisiertes Vertrauen und Solidarität*: Zum gleichen Zeitpunkt äußerten sehr viel mehr Ost- als Westdeutsche die Überzeugung, man könne sich „heutzutage auf keinen anderen Menschen verlassen“. Bestätigt wird damit der Befund sozialwissenschaftlicher Studien, dass „trust“, also ein generalisierter Vertrauensvorschuss, der als eine wichtige Bestimmungsgröße für Sozialkapital betrachtet werden darf, unter Bedingungen von Unfreiheit und Diktatur geringer entwickelt ist. Damit korrespondierte im März 1990 unter Ostdeutschen eine Grundhaltung, die als Hebel für persönliche Entfaltung häufiger auf eine Ellenbogenmentalität setzt. Nur 29 Prozent der Westdeutschen, aber fast 43 Prozent der Ostdeutschen sahen es als wichtig an, „sich und seine eigenen Bedürfnisse besser gegen die anderen durchzusetzen“.

39. *Zufriedenheit mit der bundesdeutschen Demokratie*: Anders als die Chancen der Einigung bewerteten die Bürger der DDR im März 1990 das tatsächliche Erscheinungsbild des demokratischen Systems der Bundesrepublik mehrheitlich außerordentlich skeptisch. Über 60 Prozent zeigten sich mit der bundesdeutschen Demokratie nur etwas bzw. gar nicht zufrieden. Im klaren Gegensatz dazu äußerten gut 85 Prozent der Westdeutschen, mit der in ihrem Land bestehenden Demokratie ziemlich oder sehr zufrieden zu sein.

40. *Demokratische Grundwerte und Verfahrensgarantien*: Dass die Ostdeutschen die westdeutsche Demokratie deutlich kritischer bewerteten, ist insofern überraschend, als

beide Bevölkerungen in der Einschätzung von Grundwerten und Verfahrensgarantien, die den Kern von Demokratie ausmachen, weitgehend übereinstimmten. Im Osten brachen die Menschen häufiger eine Lanze für die Durchsetzung gesellschaftlicher Interessen, und sie äußerten sich außerdem eine Nuance distanzierter gegenüber der Organkompetenz von Staat und Regierung. Noch nachdrücklicher als Westdeutsche hielten DDR-Bürger das Demonstrationsrecht und die Meinungsfreiheit hoch.

41. *Vorweggenommene Auswirkungen der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion:* Insbesondere die Umstellung der Währung zum 1. Juli 1990 bedeutete für das tägliche Leben der DDR-Bevölkerung eine tiefe Zäsur. Das Meinungsbild, das zwischen Mai und August 1990 erhoben wurde, stellt zeitlich die unmittelbare Vorstufe vor dem formellen Eintritt der Bevölkerung der DDR in eine gesamtdeutsche politische Kultur dar. Zu diesem Zeitpunkt wollte noch kaum jemand die DDR auf Dauer verlassen. Von Mai bis Juni 1990 blickten mehr als zwei Drittel (68 %) der Bürger der DDR zuversichtlich in die Zukunft, nur jede(r) fünfte äußerte sich pessimistisch. Im August 1990 war die Zahl der Optimisten leicht rückläufig (64 %). Die positiv in die Zukunft gerichtete Grundstimmung schloss vor dem 1. Juli 1990 alle Bevölkerungsgruppen ein, unabhängig von Alter, Geschlecht, Bildungsstand, Beruf oder Einkommen. Unterdurchschnittlich optimistisch zeigten sich Anhänger der PDS. Zwiespältiger stellte sich die Stimmungslage hinsichtlich der speziellen Auswirkungen dar, die durch die bevorstehende WWSU unmittelbar zu erwarten waren: Knapp die Hälfte (49 %) war optimistisch, darunter insbesondere die mittleren Altersgruppen und die Bevölkerung im ländlichen Raum. Nicht viel weniger, nämlich 44 Prozent, blickten den kommenden Veränderungen „eher mit Sorge“ entgegen.

42. *Stabile Präferenz für die Einigung:* Über die Hälfte der Ostdeutschen (52 %), und etwas weniger als die Hälfte der Westdeutschen (47 %), befürwortete im Juni 1990 die Wiedervereinigung ohne Wenn und Aber. Die andere knappe Hälfte (42 % im Osten, 44 % im Westen) hatte Vorbehalte vor allem gegen einen (zu) frühen Zeitpunkt. Als Gegner der Einheit erklärte sich, wie schon im März des Jahres 1990, nur eine sehr kleine Minderheit (3 % im Osten und 7 % im Westen). Nach der Währungsunion wurde in der DDR der Einigungswunsch noch nachdrücklicher reklamiert: Im Juli 1990 stieg die Zahl der bedingungslosen Einigungsbefürworter in Ostdeutschland auf 58 Prozent.

43. *Erhaltenswerte Errungenschaften der DDR:* Vor dem Stichtag der Währungsumstellung sorgten sich DDR-Bürger vor allem um den weiteren Bestand sozialer „Errungenschaften und Leistungen der DDR“. Als erhaltenswert wurde am meisten die Kinderbetreuung genannt. Vergleichsweise wenige (9 %) nannten im Mai/Juni 1990, zu einem Zeitpunkt also, da die mit der Privatisierung der Unternehmen einhergehenden Entlassungsschübe noch nicht konkret erfahrbar geworden waren, als schützenswerte Institution der DDR das Recht auf Arbeit. „Menschliche Solidarität“ (3 %) und „Gleichberechtigung der Frau“ galten offenbar als so selbstverständlich, dass ihre Bewahrung nicht eigens gefordert wurde.

44. *Dringliche politische Aufgaben:* Darüber, was als dringlichste politische Aufgaben anzusehen war, waren sich im Mai/Juni 1990 die Bewohner der DDR quer durch alle Bevölkerungsschichten weitgehend einig. Auf der Prioritätenliste der DDR-Bürger standen vor allem wirtschafts- und sozialpolitische Fragen mit einem Bezug zur eigenen Lebenssituation. Nahezu ausnahmslos wurden die Beseitigung der Umweltschäden, die Sanierung der Wirtschaft und eine leistungsgerechte Entlohnung genannt. Dass höhere Renten, ein verbessertes Gesundheitswesen und fortgeltende soziale Leistungen der DDR häufig als vordringlich angesehen wurden, hingegen nicht die Privatisierung der Wirtschaft, weist nach damaligen Analysen der Umfrageforschung zum einen auf wahrgenommene Mängel des alten Systems und zum anderen auf eine gewisse Verunsicherung der DDR-Bürger angesichts der neuen marktwirtschaftlichen Bedingungen hin.

45. *Wirtschaftliche Erholung der DDR:* Dennoch fielen vor dem noch frischen Erfahrungshintergrund von Fehlsteuerungen und Versorgungsengpässen der DDR-Ökonomie die Aussagen über die Zukunft der ostdeutschen Wirtschaft überwiegend optimistisch aus: Von März bis Juni 1990 rechneten knapp 60 Prozent der befragten Ostdeutschen damit, dass sich in einem Jahr die Lage verbessert haben werde. Auch nach der Währungsunion glaubte immer noch die Hälfte der Bevölkerung an eine wirtschaftliche Erholung. 46 Prozent hielten es für „ganz sicher“ und weitere 44 Prozent für „wahrscheinlich“, dass mit Einführung des freien Marktes der wirtschaftliche Aufschwung bevorstehe.

46. *Chancen und Risiken des Leistungsprinzips:* Die große Mehrheit der Ostdeutschen war im Frühsommer 1990 bereit, für verbesserte Lebensbedingungen (Wohnen, Grundnahrungsmittel, Verkehrsbetriebe, Gesundheit, Altersvorsorge) persönlich einen höheren Preis zu zahlen. Dass am Arbeitsplatz künftig das Leistungsprinzip gelten solle, fand gleichfalls überwiegend Zuspruch. Der Aussage „Obwohl ein privatwirtschaftliches System keine Arbeitsplatzgarantien geben kann, sind mir die damit verbundenen Bedingungen (einerseits leistungsgerechte Entlohnung, andererseits Arbeitslosenversicherung) persönlich wichtiger“, stimmten im Mai/Juni 1990 64 Prozent der Befragten zu, darunter vor allem Angehörige der jüngeren und mittleren Altersgruppen, des landwirtschaftlichen Sektors und Handwerker.

47. *Aufkeimende Beschäftigungssorgen:* In die noch weit verbreitete optimistische Grundstimmung mischten sich nach dem 1. Juli, dem Stichtag der Währungskonversion, zunehmend auch sorgenvolle Einschätzungen. Vornehmlich solche DDR-Bürger, die um ihren Arbeitsplatz fürchteten, rechneten jetzt damit, dass sich die persönlichen Lebensbedingungen verschlechtern würden (34 %). Annähernd die Hälfte der Befragten hielt es schon damals für wahrscheinlich, „in den nächsten ein bis zwei Jahren“ den Arbeitsplatz zu verlieren.

48. *Abstandshaltung gegenüber beruflicher Veränderung:* Für die große Mehrheit der Ostdeutschen kamen ein selbst unternommener Wechsel der Arbeitsstelle, ein Berufswechsel oder der Schritt in die berufliche Selbstständigkeit als Alternative allerdings nicht in Betracht. Auf eine elementare persönliche Verunsicherung, wie sie mit dem Verlust

des Arbeitsplatzes bereits erfahren wurde oder perspektivisch befürchten war, reagierten DDR-Bürger in diesem Stadium des Umbruchs überwiegend defensiv und wenig flexibel. Die ausgeprägte Hochschätzung des Prinzips individueller Leistung und Leistungsbelohnung, die noch wenige Monate zuvor, im März 1990, gemessen worden war, erwies sich als ein kurzlebiges Übergangsphänomen.

50. *Staatssorge statt Eigenverantwortung*: Im verbreiteten Zögern, die prekär gewordene Sicherheit, die der sozialistische Staat vormals geboten hatte, durch eigene Initiative zu überwinden, wirkte das Erbe der DDR-typischen Staatskultur am Vorabend der deutschen Einigung nach. Eine Grundhaltung, die auf staatliche Leistungen statt Eigenverantwortung setzt, blieb als ein „Legat“ der DDR in der politischen Kultur des geeinten Landes präsent.

E Das Jahr danach: Ende der Illusionen

51. *Stimmungsumschwung im ostdeutschen Herbst*: Die hochfliegenden Erwartungen, die den ostdeutschen Vorabend der Einigung ausfüllten, haben nicht lange vorgehalten. Die von 1990 bis 1992 dauernde primäre ökonomische Transformationskrise hinterließ ihre psychologischen Spuren. Ein negativer Stimmungsumschwung trat vor allem bei der Bewertung der Lebensbedingungen zutage. Deutliche Anzeichen dafür wurden schon für die zweite Hälfte des Jahres 1990, also für die Zeit unmittelbar nach Inkrafttreten der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion, beobachtet. In der vergleichsweise kurzen Zeitspanne zwischen Juni und Oktober/November 1990 wiesen Umfragen für fast alle abgefragten Lebensbereiche, so der Sozialforscher Detlev Landua, „wesentliche Veränderungen in negativer Hinsicht“ auf. Ein weiteres reichliches halbes Jahr später hatten sich die Anzeichen für wachsenden Pessimismus zu einem „allgemeine[n] Stimmungsumschwung in Ostdeutschland“ ausgeweitet.

52. *Wichtigste Lebensbereiche*: Den Daten des Sozioökonomischen Panels (SOEP) zufolge, wurden Mitte 1990 wie Mitte 1991 im Osten Deutschlands die privaten Bereiche von Familie und Gesundheit am wichtigsten bewertet. Politischer Einfluss wurde demgegenüber als vernachlässigbar eingestuft. Einkommen und Arbeit rangierten im Mittelfeld der persönlichen Rangskala, wenngleich mit ansteigender Tendenz. Die Rangfolge der Wichtigkeiten war im Übrigen in Ost und West zu diesem Zeitpunkt bemerkenswert ähnlich.

53. *Lebenszufriedenheit*: Die subjektive Lebenszufriedenheit gibt Auskunft darüber, wie Menschen ihre persönlichen Lebensumstände bewerten. Im Jahr 1990 hatte sich, verglichen mit Westdeutschland, ein „allgemein niedrigeres Niveau fast aller Zufriedenheitswerte im Osten“ abgezeichnet (D. Landua). Mitte des darauf folgenden Jahres 1991 fielen die Antworten der Ostdeutschen auf die Zufriedenheitsfragen zum größeren Teil schlechter aus. Besser bewertet als ein Jahr vorher wurden lediglich die Umweltsituation sowie das Angebot an Waren und Dienstleistungen. Demgegenüber hatte sich die Zufriedenheit mit dem eigenen Haushaltseinkommen, die schon 1990 erheblich niedriger als im Westen lag, bis Juni 1991 weiter verschlechtert. Ebenso verringerte sich die Zu-

friedenheit mit der Arbeit. Im Juni 1991 war nur noch etwa jede(r) zweite Ostdeutsche mit seiner Lebenslage im Großen und Ganzen eher zufrieden. Der jetzt gemessene Mittelwert war im Jahrzehnt zuvor im Westen zu keiner Zeit gemessen worden und stellte aus Sicht der Wohlfahrtsforschung ein Alarmsignal dar.

54. *Sorge um den Arbeitsplatz*: Im Frühsommer 1991 war auch die Sorge um den Erhalt des Arbeitsplatzes in Ostdeutschland zu einer Massenerscheinung geworden. Mehr als fünfmal so viele Menschen wie im Westen – und darunter mehr Frauen als Männer sowie vor allem Ältere im erwerbsfähigen Alter – fürchteten nun, ihre Arbeitsstelle zu verlieren. Das waren zehn Prozent mehr als noch im Jahr zuvor. Auch die eigene wirtschaftliche Situation wie auch der Lauf der Wirtschaft generell wurden von Ostdeutschen jetzt in wachsender Zahl pessimistisch eingeschätzt.

55. *Keine dauerhafte Verfestigung des psychologischen Tiefs*: Der von uns erstellte Meta-Trend Ost, der eine Reihe von Umfragen im Längsschnitt zusammenfasst, weist das Jahr 1991 gleichfalls als einen absoluten Tiefpunkt im Zufriedenheitsniveau aus. Seither ist das Ausmaß der Lebenszufriedenheit, betrachtet man den gesamten Zeitverlauf bis in die Gegenwart, in beiden Teilen des Landes jedoch erkennbar gestiegen, wobei Westdeutsche sich insgesamt konstant zufriedener äußern als Ostdeutsche.

Doch auch dieser Ost-West-Abstand verringert sich etwa seit 2008. Mit Fortdauer der Einigung hat sich die Lebenszufriedenheit der Ostdeutschen deutlich gefestigt. Das krisenhafte Szenario eines wohlfahrtsstaatlichen Mezzogiorno, das sich in der Wahrnehmung der ostdeutschen Bevölkerung im Jahr 1991 für das eigene Land abzeichnete, hat sich als eine nur kurzzeitig massiv aufblühende Unzufriedenheit erwiesen. Diese stellt zweifelsfrei ein psychologisches Kennzeichen der Umbruchszeit dar und macht sich, wie wiederholte Ausschläge der Zufriedenheitskurve nach unten zeigen, auch in späteren Phasen wirtschaftlicher Eintrübung neuerlich bemerkbar.

Dass ihre eigene Lebenszufriedenheit *in der Zukunft steigen* würde, haben die Ostdeutschen, ungeachtet der damals größtenteils pessimistischen Beurteilung ihrer aktuellen Lebenslage, seinerzeit übrigens schon vorhergesehen. Über 60 Prozent blickten Mitte 1990 zuversichtlich in die Zukunft, und im Durchschnitt hat sich die optimistische Prognose selbst zu den Zeiten des mentalen Tiefs im Juni 1991 nur leicht verschlechtert. Der Tiefpunkt wurde offenbar nicht als eine ins Unendliche reichende Talsohle, sondern als eine Durststrecke angesehen, die enden würde.

F Anschluss an die Gesellschaftskultur der Demokratie: Neue Verbandsbindungen in Ostdeutschland

56. *Vertretenheit durch demokratische Organisationen*: Ende des Jahres 1990 fühlten sich mehr Ostdeutsche durch Umweltgruppen als von Gewerkschaften vertreten. Dicht dahinter rangierten Bürgerinitiativen. Gleichzeitig sahen Ostdeutsche aber die Arbeitnehmerverbände als mit Abstand persönlich wichtigste Organisation an.

57. *Vorrang für Sachwalter der „Alten Politik“*: Persönlich mit Abstand am wichtigsten waren Ende 1990 für Ostdeutsche solche Sachwalter organisierter Interessen im Bereich Wirtschaft und Arbeit, also eben vor allem Gewerkschaften. Dass es vorrangig die Problemlagen der „Alten Politik“ waren, die sich für Ostdeutsche als ehestens anschlussfähig erwiesen, hat vor allem zwei Gründe: Zum einen fiel es vergleichsweise leicht, die eigenen individuellen Interessen in das westliche Modell verbandlich organisierter Interessenvertretung zu übertragen, war dieses Modell doch nicht so sehr weit von eigenen ostdeutschen Organisationsgewohnheiten entfernt. Zum anderen lag es nahe, diese eigenen Interessen unter veränderten Bedingungen des Konfliktaustrags weiterhin in sicheren Händen zu sehen.

G Freiheit oder Sicherheit? – Fortwirkende „Staatskultur“

58. *Bekundete Wichtigkeit von Freiheit und Gleichheit*: Welchem Sozialstaatsmodell jemand subjektiv anhängt, ist wesentlich abhängig von der Entscheidung, ob „mehr Staat“ oder „mehr Eigenverantwortung“ der Vorzug gegeben werden soll. Je nachdem, wie die Präferenz ausfällt, wird „Freiheit“, verstanden als individueller Entfaltungsspielraum, bevorzugt oder „Gleichheit“, die für staatlich garantierte Chancengleichheit und sozioökonomische Sicherheit steht. Im ersten halben Jahrzehnt nach der Einigung wird in Westdeutschland weiterhin klar der Freiheitswert priorisiert, wenngleich mit leicht abnehmender Tendenz. Auch in Ostdeutschland überwiegt 1990 leicht die Freiheitsoption. Ab 1992 kehrt sich dann aber im Osten das Verhältnis zugunsten der Gleichheit als Vorzugswert beständig um.

59. *Geringe Unterschiede bei erwarteten Wohlfahrtsstaatsleistungen*: Für die konkrete Ausgestaltung wohlfahrtsstaatlicher Leistungen, d.h. Sicherung des Einkommens im Falle von Krankheit, Not, Arbeitslosigkeit und Alter, wiesen in den frühen 1990er Jahren nicht nur die meisten Ostdeutschen, sondern auch die übergroße Mehrheit der Westdeutschen dem Staat eine umfassende Verantwortung zu. Die Ost-West-Unterschiede waren zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung in diesem Bereich folglich gering.

60. *Unterschiedliche Vorstellungen über die Reichweite staatlicher Intervention*: Dennoch unterschieden sich Ost- und Westdeutsche in den ersten Jahren nach der Einigung in der Frage, wie weit die sozialstaatliche Intervention reichen sollte. Zwar gab es in beiden Landesteilen Mehrheiten dafür, dass der Staat auch Vollbeschäftigung sichern und zur Angleichung der Einkommen beitragen sollte. Doch war die Mehrheit im Westen deutlich geringer. Für eine gesetzliche Lohnkontrolle sprachen sich drei Viertel der Ostdeutschen, aber nur ein Viertel der Westdeutschen aus.

61. *Staatsorientierung als gemeinsamer Vereinigungspunkt*: Nachweisbar ist, dass Ost- und Westdeutsche sich mit teilweise abweichenden Vorstellungen von Staatswohlfahrt auf den Einigungspfad begeben haben. Desungeachtet besaßen beide Landesteile in ihrer grundsätzlichen Sozialstaatsorientierung, die trotz aller Systemunterschiede existierte, einen gemeinsamen ideellen Vereinigungspunkt. Dieses deutsch-deutsche sozialstaatliche Grundeinverständnis hat sich während der Transformationskrise, die das ers-

te gesamtdeutsche Jahrzehnt begleitete, als ein äußerst wichtiges Wirkelement gesamtgesellschaftlicher Kohäsion bewährt.

62. *In die Zukunft weisende Botschaft der Ausgangslage des geeinten Deutschland*: Im Spiegel der bis hierher ausgewerteten Daten zeichnete sich in der Ausgangslage des wiedervereinigten Deutschland für den künftigen Lauf der Entwicklung folgendes Szenario ab: Einerseits würde in den neuen Bundesländern der Prozess einer nachholenden Freisetzung von Eigenleistung und Individualität, und damit die Möglichkeit, in einem zentralen Punkt kultureller Modernisierung zum Westen aufzuschließen, seine Zeit brauchen. Andererseits barg das Gehäuse des Sozialstaats auch in seiner umgestalteten Form eine gesamtdeutsche Gemeinsamkeit, die sich als eine wichtige Ressource für das Zusammenwachsen unter schwierigen Randbedingungen bewähren sollte. Die untersuchten Zeitreihen bestätigen in ihrer Längsschnittperspektive diese Entwicklung. Es lässt sich klar belegen, dass Ost und West sich im Modus der Langsamkeit aufeinander zubewegen, sich jedoch im Feld der politischen Kultur deutlich einander angenähert haben.

H Die Entwicklung der gesellschaftlichen und politischen Kultur im wiedervereinigten Deutschland seit 1990 – ausgewählte Daten-Zeitreihen

63. *Traditionelles und egalitäres Frauenbild*: Die Darstellung der Entwicklung des Frauenbildes in Ost und West setzt einen besonderen inhaltlichen Schwerpunkt im Feld der so apostrophierten „kulturellen Angleichung“. Einer geläufigen sozialwissenschaftlichen Begrifflichkeit zufolge, wird zwischen einem „traditionellen“ und einem „egalitären“ bzw. „emanzipativen“ Verständnis der Rolle der Frau unterschieden. Hinsichtlich der familiären Arbeitsteilung steht das traditionelle männliche Ernährermodell („male breadwinner model“) dem egalitären Doppelverdienermodell („dual breadwinner model“) gegenüber.

64. *Nachholende Modernisierung des Frauenbildes in Westdeutschland*: Festgestellt werden kann, dass im Osten der Bundesrepublik von Frauen wie Männern immer noch eher einer egalitären denn einer 10traditionellen Arbeitsteilung der Geschlechter der Vorzug gegeben wird. Entsprechend liegt die Metatrend-Linie Ost kontinuierlich unter der Metatrend-Linie West. Männer blieben in den alten wie in den neuen Ländern im Zeitverlauf stets traditioneller als Frauen eingestellt. Verglichen mit dem Jahr 1990, hat sich die Zustimmung bzw. Ablehnung des traditionellen Ernährermodells in den alten Ländern seither insgesamt jedoch erkennbar und stetig in Richtung einer egalitären Verteilung der Geschlechterrollen bewegt. So gesehen, durchläuft Westdeutschland eine nachholende Modernisierung des Rollenbildes, ohne dass jedoch ein *Aufholen* erkennbar wäre. Da sich gleichzeitig auch Ostdeutschland emanzipativ fortbewegt, nähern sich die Einstellungslinien nicht einander an, sondern sie bleiben weiterhin different.

65. *Die Frau als „Karrierehelferin“ des Mannes*: Dass die Frau vornehmlich als Karrierehelferin ihres Mannes fungieren solle, stößt im geeinten Deutschland von Anfang an und mit den Jahren wachsend geschlechtsübergreifend auf deutliche Ablehnung. Bemerk-

kenswert ist die Konvergenz, die sich dabei seit Mitte des ersten Jahrzehnts nach der Jahrtausendwende abzeichnet: Während westdeutsche Männer und Frauen nun häufiger „modern“ denken, werden umgekehrt Ostdeutsche moderat „traditioneller“. Entsprechend nähern sich die Linien M-Trend Ost und M-Trend West einander an, um schließlich 2012 nahezu zu verschmelzen.

66. *Frauenarbeit in Zeiten knapper Arbeitsplätze*: Rückschlüsse auf ein „modernes“ oder „traditionelles“ Frauenbild erlaubt ferner die Einschätzung, ob eine (verheiratete) Frau auf Berufstätigkeit verzichten solle, sofern nur eine begrenzte Anzahl an Arbeitsplätzen zur Verfügung stünde und der (Ehe)Mann in der Lage sei, mit seinem Einkommen Familie und Frau zu versorgen. Während im Jahr 1991 westdeutsche Befragte zunächst eher einem traditionellen Rollenverständnis zuneigen (und dabei Männer stärker als Frauen), bewegt sich die Trendlinie West ab der Mitte der 2000er Jahre deutlich auf eine egalitäre, d.h. beide Geschlechter als gleichberechtigte Anbieter ihrer Arbeitskraft betrachtende Position zu. Dabei optieren in Westdeutschland Frauen stets nachdrücklicher für Chancengleichheit im Arbeitsleben als Männer. Ostdeutsche Männer befürworteten schon 1991 eher ein egalitäres denn ein traditionelles Frauenbild, wenn auch nicht so entschieden wie bereits damals ostdeutsche Frauen. Dieser Trend verstärkt sich unter den ostdeutschen Frauen bis zum Jahr 2012. Mit temporären Schwankungen, aber in der Gesamttendenz eindeutig nähern sich Frauen und Männer in Ost wie West gleichermaßen im Verlauf zweier Jahrzehnte einem emanzipativen Modell der chancengleichen Vergabe von Arbeitsstellen an. Dabei bleibt eine Differenz beider territorialer Trendlinien bis in die Gegenwart erkennbar.

67. *Vereinbarkeit von Mutterrolle und Beruf*: Heutzutage sind Männer und Frauen in Ost- wie Westdeutschland mehrheitlich der Meinung, dass sich Mutterschaft und Erwerbstätigkeit der Frau gut miteinander vereinbaren lassen. Seit etwa Mitte der 1990er Jahre hat sich in diesem Punkt auch die Mehrheitsmeinung westdeutscher Männer gedreht. Wiederum scheinen auch bei dieser Frage die nun schon vertrauten relativen Unterschiede zwischen Ost-West und Mann-Frau auf, allerdings unterschiedlich ausgeprägt. In beiden Landesteilen treten Frauen entschiedener als Männer für die Vereinbarkeit von Mutterschaft und Beruf ein, aber im Osten Deutschlands ist der Abstand zu den Männern geringer. Westdeutsche Frauen verstehen sich folglich vergleichsweise häufiger als „Pioniere“ eines sie begünstigenden Rollenwandels – was nicht verwundert, da in ihrem gesellschaftlichen Umfeld der Nachholbedarf in diesem Punkt aus historischen Gründen größer ist.

68. *Beeinträchtigung des Kindeswohls durch Berufstätigkeit der Mutter*: Die Auffassung, dass ein Kleinkind unter der Berufstätigkeit seiner Mutter leide, teilte zu Beginn der 1990er Jahre eine Mehrheit der Deutschen in West und Ost. Jedoch teilten mehr West- als Ostdeutsche diese Meinung. In den nachfolgenden Jahren hat sich diese Sorge in beiden Landesteilen kontinuierlich abgeschwächt, und zwar bei beiden Geschlechtern. Im Jahr 2012 sind es lediglich noch westdeutsche Männer, die im Durchschnitt leicht zu dieser Position hinneigen.

69. *Emanzipativer Entwicklungspfad in Gesamtdeutschland:* Insgesamt dokumentieren die dargestellten Einstellungsmuster zum Rollenverständnis der Frau und zum Bild der Familie, dass sich bei Fragen der beruflichen Karrierechancen von Frauen, der innerfamiliären Arbeitsteilung sowie der Vereinbarkeit von Mutterrolle und Beruf seit 1990 im Trendverlauf ein *gesamtdeutscher kultureller Entwicklungspfad* herauskristallisiert, der durch eine fortschreitende Ablösung traditioneller durch emanzipatorische Rollenbilder gekennzeichnet ist. Unübersehbar ist, dass dabei der Westen Deutschlands aufgeschlossen hat. Im Westen der Bundesrepublik hat man sich inzwischen gesellschaftspolitischen Positionen angenähert, die in Ostdeutschland schon länger zum gewohnten Alltag gehören. Zum Gesamtbild gehört indessen auch, dass in Ostdeutschland in letzter Zeit das gesellschaftspolitische Pendel leicht traditioneller ausschlägt.

70. *Einordnung auf der Links-Rechts-Skala:* Bei der Messung der ideologischen Selbsteinordnung der Bevölkerung auf dem bekannten Kontinuum von rechts bis links fällt auf, dass seit 1990 keine größeren Ausschläge in der Links-Rechts-Selbsteinschätzung der Deutschen feststellbar sind. Tendenziell ordnen sich sowohl die Ost- als auch die Westdeutschen politisch allgemein in ihrer Mehrheit im Mittelbereich bzw. leicht links von der Mitte ein. Eine maßvolle Ost-West-Differenz bleibt während des gesamten Beobachtungszeitraumes nahezu konstant.

71. *Allgemeine Lebenszufriedenheit:* Diese ist ein Indikator für die wahrgenommene Gesamtsituation im Land, die sich aus den Faktoren wirtschaftliche Lage, persönliche Zukunft und Leistungsbewertung der Regierung zusammenfügt. Hier zeigt sich nach 1990 ein überwiegend positives Bild. Zwar fiel die Einschätzung der eigenen Lebensverhältnisse in den Nachwendejahren im Osten wesentlich schlechter aus. Aber zu keinem Zeitpunkt, weder im Osten noch im Westen, rutschte die Bewertung ab in den negativen Bereich. Nimmt man den gesamten Zeitraum seit 1990 in den Blick, so lässt sich ein ansteigender Trendverlauf der Lebenszufriedenheit für beide Teile Deutschlands nachweisen. Dieser Anstieg fällt im Osten trotz stärkerer Schwankungen etwas steiler aus, sodass auf längere Sicht eine zunehmende Konvergenz der wahrgenommenen Lebensqualität nicht ausgeschlossen werden kann.

72. *Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie:* Ostdeutsche sind mit der Praxis und dem Leistungsvermögen der demokratischen Ordnung der Bundesrepublik seit den frühen 1990er Jahren weniger zufrieden als ihre westdeutschen Landsleute. Der Metatrend Ost liegt stets niedriger als der Vergleichswert für den Westen. Für die Zeit nach der Jahrtausendwende lässt sich ein steigender Trend ablesen. Den Daten zufolge, ist und bleibt bei der Demokratiezufriedenheit die Diskrepanz zwischen Ost- und Westdeutschland über den gesamten gemessenen Zeitraum hinweg konstant deutlich ausgeprägt.

73. *Institutionenvertrauen:* Das Vertrauen in die Bundesregierung war während des letzten Jahrzehnts, stetig auf einem eher niedrigen Niveau bleibend, starken Schwankungen ausgesetzt. Desunbeschadet zeichnet sich bei den Metatrends in Ost und West langfristig eine leicht steigende Tendenz ab. Dabei liegen die für Ostdeutschland gemessenen Ver-

trauenswerte immer etwas niedriger und steigen auch minimal schwächer an. Bei dem Vertrauen, das Parteien und Politikern entgegengebracht wird, lässt sich in Ost- und Westdeutschland eine nahezu gleichmäßig parallel verlaufende Entwicklung feststellen. Erkennbar wird erneut das vertraute Muster, demzufolge die Sichtweise der Ostdeutschen durchgängig skeptischer, kritischer und distanzierter ist. Die Differenz wird aber in den letzten Jahren immerhin deutlich kleiner. Das heißt, das Vertrauen in Politiker und Parteien ist – zumindest in diesem Fall – in beiden Teilen Deutschlands gleich schlecht.

74. *Responsivität*: Das niedrige Vertrauensniveau in Politiker und Parteien geht einher mit einer konstant gering eingeschätzten Bürgernähe von Politikern („Responsivität“). Die in Deutschland - wie in allen europäischen Demokratien - ausgeprägte Responsivitätslücke fällt im Osten der Bundesrepublik durchwegs größer aus. Diese im Laufe der letzten zweieinhalb Jahrzehnte entstandene Differenz erweist sich in den letzten 15 Jahren als bemerkenswert beständig.

75. *Einschätzung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage*: Die Beurteilung der aktuellen Wirtschaftslage Deutschlands unterlag nach 1990 starken zyklischen Schwankungen, hat sich jedoch im Jahrzehnt seit 2002 kontinuierlich verbessert. Dabei entwickelte sich die Stimmung in Ost und West gleichförmig, wobei der für Ostdeutschland gemessene Mittelwert leicht unter dem für Westdeutschland liegt. Die bis 1991 sehr positiven Einschätzungen können mit der Euphorie der Wende und dem damit verbundenen Gefühl des Aufschwungs erklärt werden. Dass Erwartungen alsbald enttäuscht wurden, zeigt der anschließende, allerdings nicht nur in Ostdeutschland eingetretene Abfall der positiven Stimmung in den negativen Bereich.

76. *Einschätzung der künftigen wirtschaftlichen Entwicklung*: Waren zunächst zwischen Ost- und Westdeutschland prognostisch deutliche Niveauunterschiede erkennbar, so hat sich die Schere im Verlauf der letzten 25 Jahre weitestgehend geschlossen. Seit Mitte der 1990er Jahre verlaufen die Zeitreihen für beide Gebiete fast kongruent. Diese Entwicklung lässt sich auch an den berechneten Metatrends ablesen, die sich 2012 auf einem Punkt treffen. Der starke Einbruch der optimistischen Einschätzung der zukünftigen ökonomischen Entwicklung zu Beginn der 1990er Jahre in Ostdeutschland begründet sich mit letztlich häufig überhöhten Erwartungen in Bezug auf die Währungsunion und die wirtschaftliche Privatisierung. Als das wahre Ausmaß der ökonomischen und gesellschaftlichen Umbruchskrise in Ostdeutschland offenkundig wurde, ist schnell Ernüchterung und Enttäuschung eingeleitet.

77. *Einschätzung der persönlichen wirtschaftlichen Situation*: Eine Mehrheit der Deutschen, gleich ob in Ost oder West, beurteilt die eigene wirtschaftliche Lage seit 1990 durchwegs positiv. Zu keinem Zeitpunkt verschiebt sich die Bewertung in den negativen Bereich. Ostdeutsche wie Westdeutsche beurteilen ihre wirtschaftliche Lage ähnlich gut, wobei der Anteil für Ostdeutschland seit 2000 konstant leicht unter dem für Westdeutschland liegt. Langfristig zeigt sich für den Osten eine eher gleichbleibende Entwicklung, während die Einschätzung der persönlichen Wirtschaftssituation im Westen zu-

nehmend skeptischer ausfällt. Das könnte auf eine künftige Konvergenz auch dieser Einstellungsmuster hindeuten.

78. *Einschätzung der persönlichen Wirtschaftslage in der Zukunft*: Wie schon bei den Erwartungen an die wirtschaftliche Lage allgemein, zeigen sich Ostdeutsche in den Jahren des Systemumbruchs zunächst zuversichtlicher, was ihre eigene künftige wirtschaftliche Situation angeht. Auch hier liegen die Erwartungen innerhalb der nächstfolgenden Jahre eng beieinander, wobei der Wert für den Westen erst seit 1999 wieder über dem ostdeutschen Niveau liegt. Im Jahr 2012 sind Differenzen kaum noch messbar.

79. *Politisches Interesse*: Interesse an Politik gilt als eine Grundvoraussetzung für politische Partizipation. Trotz gewisser Schwankungen im Zeitverlauf, die unter anderem auf eine in Bundestagswahljahren in der Regel ansteigende Aufmerksamkeit für politische Vorgänge zurückgehen, äußert sich die überwiegende Mehrheit in Ost und West interessiert am politischen Tagesgeschehen. Der Meta-Trend über 20 Jahre offenbart ein eher gleichbleibendes Politikinteresse im Osten und ein steigendes politisches Augenmerk im Westen. Dass politische *Desinteressiertheit* zugenommen habe, kann aus den Daten nicht abgelesen werden.

80. *Mitgliedschaft bzw. Mitarbeit in einer politischen Partei*: In Bezug auf die Mitgliedschaft der Deutschen in politischen Parteien lassen sich seit 1990 keine großen Veränderungen feststellen. Diese im Verhältnis zu anderen Aktivitäten mit größerem Aufwand verbundene Form der politischen Partizipation nutzt nur ein geringer Anteil der Bevölkerung. Im Gesamtbild waren und sind erheblich mehr Westdeutsche als Ostdeutsche Mitglied einer politischen Partei. In Westdeutschland unterliegt die Mitgliederdichte auch größeren Schwankungen. Gleichzeitig ist in Ostdeutschland die Zahl derjenigen, die das Mitgliedsbuch einer Partei besitzen, heute deutlich geringer als noch vor gut 20 Jahren.

81. *Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft*: Was die Mitgliedschaft in Gewerkschaften betrifft, war im Osten Deutschlands nach dem Systemumbruch ein extremer Schwund gewerkschaftlich organisierter Personen zu verzeichnen. Der Anteil gewerkschaftlich organisierter sinkt von ca. 55 Prozent im Jahr 1990 auf etwa 7 Prozent 1999. Insgesamt fällt die Bilanz der Mitgliedschaft für beide Teile Deutschland negativ aus. Dieser Trend ist im Osten auf Grund des wesentlich höheren Ausgangsniveaus stärker ausgeprägt, dürfte sich aber in den nächsten Jahren weiter anpassen. Im letzten Jahrzehnt hat sich die Entwicklung der Mitgliederzahlen stabilisiert.

82. *Teilnahme an Demonstrationen*: Die bekundete Teilnahme sowie die generelle Bereitschaft, für politische Überzeugungen auf die Straße zu gehen, hat sich seit 1990 ebenfalls insgesamt verringert. Dabei hat sich die in Ostdeutschland während der Beschleunigungsphase des Systemwechsels sehr viel höhere Demonstrationsbereitschaft und -erfahrung an westdeutsche Zahlen weitestgehend angeglichen.

83. *Beteiligung an einer Unterschriftensammlung*: Was die Bereitschaft zur Beteiligung an Unterschriftensammlungen angeht, stimmt der letzte gemessene Wert für das Jahr 2012

für Ost und West nahezu exakt überein. Insgesamt hat diese Form zivilen Engagements seit 1990 zugenommen, sie wird jedoch nach der Jahrtausendwende in Ost wie West wieder weniger nachgefragt.

84. *Mitarbeit in einer Bürgerinitiative*: Nach dem Systemwechsel waren zunächst etwas mehr Ostdeutsche bereit, sich in einer *Bürgerinitiative* zu beteiligen, als Westdeutsche. Der unmittelbare Eindruck eines friedlichen politischen Umschwungs, an dem zahlreiche oppositionelle Bürgergruppen mitwirkten, hat sicherlich zu der hohen Wertschätzung dieser Beteiligungsform in Ostdeutschland beigetragen. In Westdeutschland waren Bürgerinitiativen im Umfeld der Neuen Sozialen Bewegungen bereits länger Teil des politischen Alltags. Der geografische Unterschied hat sich dann umgedreht. Bereits 1994 ist eine deutlich niedrigere Bereitschaft, in Bürgerinitiativen mitzuarbeiten, für Ostdeutschland feststellbar, während die westdeutsche Zahl konstant bleibt.

85. *Teilnahme an einem Boykott*: Seit 1990 lässt sich ein wachsender Trend der Nutzung des Boykotts (z.B. bestimmter Produkte) und des Sympathisierens mit diesem Mittel des Protests feststellen. Dies gilt sowohl für Ost- als auch für Westdeutschland. Über den gesamten Beobachtungszeitraum hinweg liegt die Boykottbejahung im Westen um durchschnittlich 10 Prozentpunkte höher.

86. *Rückführung von Ausländern bei knappen Arbeitsplätzen*: Eine dem Rechtsextremismus immanente Dimension der Ausländer- bzw. Fremdenfeindlichkeit birgt die Aussage, dass Ausländer Deutschland verlassen sollten, sofern die Arbeitsplätze knapper würden. In jüngster Zeit erfolgt hier ein Stimmungsumschwung, der mit einer Angleichung der Werte für Ost- und Westdeutschland einhergeht: Ein hohes Ablehnungsniveau bezüglich der Remigration von Ausländern wurde von einem relativ hohen Aufwuchs an Zustimmung abgelöst, der im Westen 2012 stärker als im Osten ausfällt, wo die Zahl der Befürworter seit Mitte der 1990er Jahre stets höher lag.

87. *Primärer Antisemitismus*: Der so genannte primäre Antisemitismus äußert sich zuvörderst in direkten Vorurteilen gegenüber Angehörigen jüdischen Glaubens und in der Zuschreibung negativer Eigenschaften. Dass „Juden auf der Welt zu viel Einfluss haben“, wird in der Bevölkerung überwiegend verneint. Die Unterschiede zwischen Ost und West sind in dieser Hinsicht marginal. Über den gesamten beobachteten Zeitraum zeigt sich eine leichte Abnahme dieses antisemitischen Einstellungsmerkmals. Erst 2012 kommt es zu einem Anwachsen, möglicherweise verursacht durch aktuelle Zuspitzungen des Nahostkonflikts.

88. *Sekundärer Antisemitismus*: Unter diesen Begriff werden Aussagen subsumiert, welche die deutschen Verbrechen an Juden während des Zweiten Weltkriegs relativieren, bei gleichzeitiger Betonung der Opfer der eigenen Nation. In dieselbe Rubrik gehört auch die Nachrede, viele Juden würden versuchen, aus der Vergangenheit des Dritten Reichs heute ihre Vorteile zu ziehen. Dieses Stereotyp findet über fast den gesamten beobachteten Zeitraum ein durchschnittliches Maß an Akzeptanz in den alten und neuen Bundesländern. Generell sind antisemitische Grundhaltungen im Westen weiter verbreitet als im Osten. Der lange Zeit deutschlandweit rückläufige Trend kehrte sich zwischen

2010 und 2012 abrupt um. Die wachsende latente Zustimmung zum sekundären Antisemitismus hat mutmaßlich die nämlichen oben erwähnten Ursachen.

89. *Autoritäre Neigung*: Zwischen Rechtsextremismus und Autoritarismus besteht ein starker Zusammenhang. Autoritäre Neigungen werden unter anderem mit der Dimension erfasst, „Wir sollten dankbar sein für führende Köpfe, die uns genau sagen können, was wir tun sollen“. Die Zeitreihe der Daten zeigt, dass sowohl in den alten als auch in den neuen Bundesländern seit dem erstverfügbaren Messpunkt 1996 das Ausmaß an autoritärer Unterordnung gering ausgeprägt war und ist. Ost- wie Westdeutsche lehnen ein solches autoritäres Einstellungsmuster demzufolge überwiegend ab.

90. *Sozialdarwinismus*: Eine spezielle Dimension des Rechtsextremismus stellt der Sozialdarwinismus dar. Er postuliert eine Unterscheidung zwischen wertem und unwertem Leben und verbindet so antisemitische, fremdenfeindliche, chauvinistische und autoritäre Einstellungen miteinander. In beiden Teilen Deutschlands fällt die mehrheitliche Ablehnung dieses Einstellungsmusters deutlich aus. In Ost und West liegen die gemessenen Werte nahe beieinander.

91. *Konvergenz als langfristiges Trendmerkmal*: Insgesamt kann anhand der longitudinalen Umfragedaten festgestellt werden, dass im Bereich der i.e.S. politischen Einstellungen, ferner der subjektiv wahrgenommenen ökonomischen Bedingungen, aber auch im Feld gelebter politischer Partizipation die Verlaufskurven für Ost- und Westdeutschland teilweise eng beieinander liegen oder sich im Laufe der Zeit angeglichen haben.

I Deutschland 2014 – Ergebnisse der repräsentativen Bevölkerungsumfrage

92. *Ostdeutscher Systemvergleich Bundesrepublik/DDR*: Die aktuelle politische und gesellschaftliche Gewinn-Verlust-Rechnung auf der Grundlage eines persönlichen Systemvergleichs fällt auf der Basis der Bevölkerungsumfrage von September/Oktober 2014 in Ostdeutschland wie folgt aus: Honoriert wird insbesondere, dass sich die Chancen für persönlichen Aufstieg verbessert haben (69 %). Auch für die Anerkennung persönlicher Leistungen, für das Gesundheitswesen, für gesellschaftliches Wohlbefinden sowie für die Gleichberechtigung der Geschlechter sieht eine jeweils variable relative Mehrheit der Ostdeutschen in der Bundesrepublik bessere Chancen. Der DDR werden aus ostdeutscher Sicht neben der Kinderbetreuung und dem sozialen Zusammenhalt die besseren Konditionen in den Bereichen soziale Gerechtigkeit und soziale Absicherung, Kriminalitätsbekämpfung sowie Bildung zuerkannt.

93. *Meinungsbild der jüngeren ostdeutschen Generation*: Die partiell wohlmeinende Einschätzung der DDR ist vorrangig die Sicht älterer Befragter. Wenn jüngere Ostdeutsche unter 35 Jahren beide Systeme vergleichen, neigt sich die Waagschale eindeutiger zugunsten des wiedervereinigten Deutschlands. Mit Ausnahme des Zusammenhalts der Menschen, der Kinderbetreuung und des Bildungssystems, welche auch hier mehr der DDR positiv zugeschrieben werden, hat sich in den Augen der jüngeren Generation die Lage in allen anderen abgefragten Punkten nach 1990 verbessert.

94. *Systemvergleich aus gesamtdeutscher Sicht*: Aus gesamtdeutscher Sicht fällt der Vergleich mit der Situation vor 1990, wobei West- oder Ostdeutschland jeweils die Referenzgröße darstellen, uneindeutig aus. Verbesserungen werden dem wiedervereinigten Deutschland vor allem bei der Kinderbetreuung und der Gleichstellung der Geschlechter bescheinigt. Andererseits herrscht in ganz Deutschland die Einschätzung vor, dass sich nach 1990 die Bedingungen für soziale Gerechtigkeit und soziale Absicherung, für den sozialen Zusammenhalt, den Schutz vor Verbrechen und das Gesundheitswesen verschlechtert haben.

95. *Systemmängel versus Praxisdefizite*: Darin, dass in wichtigen Lebensbereichen bzw. Politikfeldern die Bundesrepublik gegenwärtig ein Leistungsdefizit aufweise, sind sich Ost- und Westdeutsche also in ihrer Mehrheit einig. Dennoch gibt es einen Unterschied: Aus ostdeutscher Sicht bilden die genannten nachteiligen Entwicklungen automatisch *systembedingte* Defizite der Bundesrepublik ab. Wenn hingegen Westdeutsche eine inhaltlich gleichlautende Mängelliste zusammenstellen, drücken sie überwiegend damit Unzufriedenheit über die Praxis der Politik in einem lange vertrauten System aus.

96. *Vorteile oder Nachteile der Wiedervereinigung*: Ungeachtet der Mängelrügen, die aus west- und ostdeutscher Sicht der Bundesrepublik für die Zeit nach 1990 erteilt werden, und trotz etlicher von Ostdeutschen mehrheitlich positiv erinnelter Facetten des Systemprofils der DDR sind sich vier Fünftel im Osten wie im Westen des Landes gleichermaßen darin einig, dass die Wiedervereinigung für Deutschland als Ganzes vorteilhaft war. Schlüsselt man die Befragten nach dem Bildungsgrad auf, so schält sich für beide Landesteile das gleiche sozialstrukturelle Muster heraus: Hauptschulabsolventen sind häufiger als Abiturienten und Akademiker der Meinung, dass die Nachteile der Einigung überwögen. Dieser Zusammenhang zwischen Bildung und Einigungsbilanz ist im Westen noch etwas stärker ausgeprägt.

97. *Mehr Vorteile für Ostdeutschland*: Ostdeutsche wie Westdeutsche sehen übereinstimmend mehrheitlich mehr Vorteile der Einigung für Ostdeutschland. Aufschlussreich ist ferner, dass zehn Prozent mehr West- als Ostdeutsche die Einigungsfolgen für ihr eigenes Teilgebiet als nachteilig empfinden. Dieses unterschiedliche Antwortverhalten macht anschaulich, wie eine ältere Erfahrungswelle allmählich ausläuft und eine jüngere sich neu aufbaut: Während die Eindrücke der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Transformationskrise, die ausschließlich die Bevölkerung der früheren DDR betroffen hatte, dort allmählich verblassen, nimmt in Westdeutschland die Debatte, ob es nicht an der Zeit sei, die Teilungslasten gerechter, sprich: stärker zugunsten westlicher Problemregionen zu verteilen, gerade erst Fahrt auf.

98. *Persönliche Vorteile der Wiedervereinigung*: Dass deutlich mehr Ostdeutsche (77 %) als Westdeutsche (62 %) für sich persönlich die Wiedervereinigung als vorteilhaft erleben, verwundert nicht. Nicht unbedingt zu erwarten war hingegen, dass auch annähernd zwei Drittel der westdeutschen Bevölkerung die Einigung selbst aus der räumlichen Distanz als eine persönliche Erfolgsgeschichte ansehen. Die positive Sicht mag in vielen Fällen beruflich oder familiär bedingt sein. Doch deutet die große Zahl auf eine auch im

Westen der Bundesrepublik gesellschaftlich breit verankerte affektive Identifikation mit der deutschen Einheit hin.

99. *Urteil über das politische Regime der DDR*: Die Bewertung des politischen Regimes der DDR und seines ideologischen Kerns im heutigen Ostdeutschland ist in einem zentralen Punkt eindeutig: 70 Prozent der Ostdeutschen sind überzeugt, dass das politische System der DDR eine Diktatur war. Dass die DDR ebenso ein „Unrechtsstaat“ gewesen ist, meinen mit 46 Prozent hingegen deutlich weniger. Diese Zurückhaltung erklärt sich psychologisch wohl daraus, dass viele Ostdeutsche fürchten, Teile ihrer eigenen Biografie zu entwerten, wenn sie zustimmen, dass die DDR zu einem Synonym für Unrecht erklärt wird. Die westdeutsche Bevölkerung schätzt insgesamt den Willkürcharakter des DDR-Regimes und seine Demokratieunverträglichkeit deutlich kritischer ein.

100. *Sozialismus und Demokratie*: Knapp 60 Prozent der Ostdeutschen glauben gegenwärtig, dass der Sozialismus im Grunde eine gute Idee sei, die nur schlecht ausgeführt wurde. Wesentlich weniger, nämlich etwa ein Drittel der Befragten, teilen die Einschätzung, dass Sozialismus und Demokratie grundsätzlich ganz gut vereinbar sind. Mit 27 Prozent stimmen noch weniger der Aussage zu, dass die wichtigsten Wirtschaftsunternehmen verstaatlicht werden sollten.

101. *Der reale Sozialismus – keine Alternative*: Sichtbar wird in diesem Antwortverhalten eine Hierarchie abnehmender Sympathien mit dem System der DDR. Während das abstrakte Systemziel der sozialen Befreiung des Menschen aus Armut und Entfremdung auch unter den westdeutschen Befragten deutlich positiver konnotiert wird, findet das realsozialistische Strukturmodell für Verfassung und Ökonomie nur bei einer Minderheit Anklang. Dass bei allen einschlägigen Fragen die Zustimmungsraten bei Jüngeren niedriger als der Durchschnitt ausfallen, belegt, dass in der nachwachsenden Generation mit wachsendem zeitlichem Abstand zur DDR die Unsicherheit, deren Systemeigenschaften einzuschätzen, wächst.

102. *In der Bundesrepublik zuhause*: Fast drei Viertel der Westdeutschen, aber nur knapp die Hälfte der Ostdeutschen fühlen sich gegenwärtig in der Bundesrepublik „politisch zu Hause“. Wie sehr die Ost-West-Differenz sozialisationsbedingt ist, veranschaulicht das landesweit nahezu identische Meinungsbild der jüngeren Generation: 64 Prozent der 14- bis 29-Jährigen im Westen und 65 Prozent der Angehörigen derselben Altersgruppe im Osten sehen in der Bundesrepublik ihre politische Heimat.

103. *Reichweite und Grenzen des Wohlfahrtsstaates*: In der Studie stellen wir dar, dass zu Beginn der 1990er Jahre Ost- und Westdeutsche in ihrer Präferenz für wohlfahrtsstaatlich garantierte Fürsorge und Vorsorge grundsätzlich übereinstimmten. Gleichzeitig traten Diskrepanzen bei der Erwartung auf, wie weit die Interventionsbefugnis des Wohlfahrtsstaates reichen soll. Dieses deutsch-deutsche Grundmuster in der Einschätzung von Reichweite und Grenzen des Wohlfahrtsstaates ist auch gut 20 Jahre später erhalten geblieben. Nahezu einmütig wird in Ost und West eine staatliche Gewährleistungsfunktion für den traditionellen Kernbereich der Systeme sozialer Sicherung (Krankheit, Invalidität, Alter, Erwerbslosigkeit) bejaht. Unterschiede treten dort stärker hervor, wo der

Staat selbst als Anbieter wirtschaftlicher Leistungen (Wohnraum) oder als Kontrolleur bzw. Korrektiv wirtschaftlicher Tätigkeit (Lohn- und Preiskontrolle, Ausgleich von Einkommensunterschieden, Vollbeschäftigung) ins Spiel gebracht wird. Aber auch hier haben sich gegenüber den frühen 1990er Jahren die Ost-West-Differenzen abgeschwächt.

104. *Demokratie als beste Staatsform*: Im Jahr 2014 war die Demokratie das bei Ost- wie Westdeutschen breit akzeptierte Modell politischer Ordnung. Der Auffassung, die Demokratie sei die beste Staatsform, stimmen 90 Prozent der Westdeutschen und 82 Prozent der Ostdeutschen zu. Nicht ganz so breit, aber gleichwohl sehr breit, fällt in beiden Landesteilen die Unterstützung der in Deutschland bestehenden Form der Demokratie aus. 80 Prozent der Westdeutschen und 72 Prozent der Ostdeutschen stimmen der Aussage zu, die in der Bundesrepublik existierende Form der Demokratie sei die beste Staatsform; nur 13 bzw. 17 Prozent halten eine andere Form der Demokratie für besser.

105. *Direkte Demokratie*: Bereits kurz nach der Vereinigung fand die direkte Demokratie mehr öffentliche Zustimmung als die repräsentative Demokratie, und diese Präferenz war in den neuen Bundesländern sehr viel stärker ausgeprägt als in den alten (67 zu 18 % im Osten gegenüber 47 zu 39 % im Westen). Allerdings entwickelten sich die Einstellungen in der Folgezeit im westlichen und im östlichen Landesteil unterschiedlich. In den alten Bundesländern nahm die Vorliebe für eine direkte Demokratie seit 1991 deutlich zu, nämlich von 47 auf heute 60 Prozent. In Ostdeutschland blieb die Zustimmung im untersuchten Zeitraum mehr oder weniger auf dem 1991 gemessenen Niveau (67 bzw. 66 %).

106. *Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie*: Zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung lag die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in den neuen Bundesländern erheblich niedriger als in den alten Ländern. Dies blieb so bis etwa Mitte der 2000er Jahre. Seither zeigt sich jedoch klar die Konvergenz der Einstellungen. Im Jahr 2014 fielen die Ost-West-Unterschiede geringer aus als jemals zuvor: Lediglich 13 Prozent der Westdeutschen und 15 Prozent der Ostdeutschen sind mit dem Funktionieren der Demokratie unzufrieden. Hingegen erklären 44 Prozent der Befragten in den alten Ländern und 53 Prozent in den neuen Ländern, mit dem Funktionieren der Demokratie teils zufrieden und teils unzufrieden zu sein. 42 Prozent im Westen und 32 Prozent im Osten sind weitgehend oder völlig zufrieden mit dem Zustand der Demokratie in Deutschland.

107. *Demokratiezufriedenheit und repräsentatives System*: Im Westen wie im Osten der Bundesrepublik sinkt die Zustimmung zur demokratischen Ordnung der Bundesrepublik mit abnehmender Demokratiezufriedenheit. Ein etwas schwächerer, aber gleichwohl erkennbarer Zusammenhang besteht auch zwischen der Zustimmung zur Demokratie in der Bundesrepublik und der Bevorzugung einer repräsentativen Demokratie. In beiden Landesteilen schwächt der Wunsch nach (mehr) direkter Demokratie die Unterstützung der in der Bundesrepublik bestehenden Form der Demokratie ab. In Ost wie West favorisiert jedoch auch unter den Befürwortern der direkten Demokratie eine klare Mehr-

heit die in der Bundesrepublik existierende demokratische Ordnung, die bekanntlich im Kern repräsentativ ist.

108. *Generationeneffekte der Einstellung zur Demokratie*: Alles in allem unterscheidet sich die Unterstützung der Demokratie durch die einzelnen Alterskohorten weniger stark, als es vor dem Hintergrund ihrer unterschiedlichen Erfahrungshorizonte zu erwarten wäre. Dennoch schwächt sich der West-Ost-Unterschied, wie erwartet, von der ältesten bis zur jüngsten Kohorte kontinuierlich ab. In den beiden ältesten Gruppen tritt ein statistisch signifikantes, allerdings schwaches West-Ost-Gefälle in der Unterstützung der Demokratie zutage, in den beiden jüngeren Gruppen ist das nicht mehr der Fall. Bezüglich der Unterstützung der in der Bundesrepublik bestehenden Form der Demokratie zeigt sich ein ähnliches Bild. Je jünger die Gruppe, desto stärker unterstützt sie die bundesdeutsche Form der Demokratie. Vom erwarteten Muster weicht lediglich die Kohorte ab, die zwischen dem Mauerbau und dem Abschluss des Grundlagenvertrages sozialisiert worden ist. Hier tritt der weitaus größte Ost-West-Unterschied auf. Die ost- und westdeutschen Alterskohorten unterscheiden sich auch in ihrer Demokratiezufriedenheit.

109. *Annäherung im Demokratieverständnis der Altersgruppen*: Die Nach-Wende-Kohorten stellen mithin die wichtigste Trägergruppe des Fortschreitens der kulturellen Integration im vereinigten Deutschland. Damit ist das Muster der politischen Entwicklung seit 1990 aber nur zum Teil erfasst. In den älteren Kohorten haben sich die Ost-West-Unterschiede nämlich ebenfalls abgeschwächt. Die Unterstützung der Demokratie erfasst somit inzwischen alle Generationseinheiten, wenngleich dieser Diffusionseffekt in den älteren Generationseinheiten schwächer ausgeprägt ist als bei den nach der Wiedervereinigung sozialisierten Altersgruppen.

110. *Vertrauen in politische Institutionen*: Vergleicht man nun das Vertrauen der Ost- und Westdeutschen zu politischen Institutionen und Akteuren im Jahr 2014, so sind fast keine substanziellen Unterschiede mehr auszumachen. Zwar bestehen einzelne statistisch signifikante Ost-West-Differenzen im Vertrauen zu den politischen Institutionen fort, diese sind jedoch sehr schwach ausgeprägt. Noch wichtiger: Für keine Institution findet sich die aus früheren Untersuchungen bekannte Konstellation, dass im Westen Vertrauen, im Osten aber Misstrauen überwiegt. Von geringfügigen Abweichungen abgesehen, entspricht das Niveau des Vertrauens zu einzelnen Institutionen der aus der Forschung bekannten Rangfolge. Polizei und Gerichte genießen großes Vertrauen. Der Öffentlichen Verwaltung, dem Deutschen Bundestag und den Vereinten Nationen bringt die Bevölkerung immerhin mehr Vertrauen als Misstrauen entgegen. Überwiegend kritisch-distanziert stellt sich hingegen das Verhältnis der Bürger zum Europäischen Parlament, zu den Parteien und zu den Politikern dar. Bezüglich der Parteien machen die Bürger allerdings einen interessanten Unterschied: Während sie den Parteien im Allgemeinen eher misstrauen als vertrauen, bringen sie der von ihnen persönlich bevorzugten Partei nahezu so viel Vertrauen entgegen wie den Gerichten und der Polizei, oder vertrauen ihr sogar mehr.

111. *Institutionenvertrauen im Generationenvergleich*: Hinsichtlich der Alterskohorten-Effekte sind nur schwache, zumeist statistisch insignifikante Ost-West-Unterschiede erkennbar. Noch etwas weniger als bei der Unterstützung der Demokratie (siehe oben) erweist sich das Vertrauen zu den politischen Institutionen als eine in allen west- und ostdeutschen Alterskohorten weitgehend gleich verteilte politische Einstellung. Die Marge des Vertrauens ist im Osten zwar geringfügig schwächer ausgeprägt als im Westen. Doch weichen beide Landesteile in ihrem Vertrauen zu den politischen Institutionen nur graduell voneinander ab.

112. *Kognitives Engagement*: In empirischen Untersuchungen zum kognitiven Engagement der Bürger in den frühen 1990er Jahren hatten sich keine grundlegenden Ost-West-Unterschiede nachweisen lassen. Dies betrifft das politische Interesse und die Aufnahme politischer Informationen aus den Massenmedien (Fernsehen und Tageszeitungen) ebenso wie das politische Wissen, das subjektive Verständnis politischer Probleme und die wahrgenommenen Möglichkeiten zur Einflussnahme auf die Politik. Diesen Befund schreibt der langfristige Trend bis ins Jahr 2014 fort. Bei keiner der Unterdimensionen Interesse, subjektives Verständnis politischer Sachverhalte, wahrgenommene politische Einflussmöglichkeiten besteht aktuell ein nennenswerter Unterschied zwischen West- und Ostdeutschen. Ordnet man die im Jahr 2014 erhobenen Daten in die längerfristige Entwicklung ein, so erreicht das kognitive Engagement der ost- und westdeutschen Bevölkerung aktuell einen Spitzenwert.

113. *Verteilung des kognitiven Engagements über die Generationen*: In ihrem politischen Interesse unterscheiden sich die Angehörigen der west- und ostdeutschen Alterskohorten kaum voneinander. In einigen Kohorten fällt das Interesse in Ostdeutschland höher aus als im Westen, in anderen verhält es sich umgekehrt. In Übereinstimmung mit dem Stand der Forschung interessiert sich die jüngste Altersgruppe – im Osten wie im Westen – am wenigsten für Politik. Ähnlich stellt sich die Sachlage beim subjektiven Verständnis politischer Fragen dar, das im Osten wie im Westen in den mittleren Alterskohorten am stärksten, bei älteren und jüngeren Jahrgängen hingegen am schwächsten ausgeprägt ist.

114. *Politische Partizipation*: Die in früheren empirischen Studien erkennbaren unterschiedlichen Partizipationsmuster in den alten und den neuen Bundesländern sind inzwischen teilweise eingeebnet. Die Stimmabgabe bei Wahlen stellt nach wie die einzige Form politischer Einflussnahme dar, derer sich eine Mehrheit der Bürger West- und Ostdeutschlands bedient. Erwartungsgemäß liegt die Teilnehmerquote an Referenden deutlich unter der von Parlamentswahlen. In einer politischen Partei und an einer angemeldeten Demonstration beteiligen sich in beiden Landesteilen durchschnittlich weniger als zehn Prozent der Befragten. Kontakte zu Politikern unterhalten zehn bis zwanzig Prozent und die Teilnahmequote bei Unterschriftenaktionen liegt zwischen 25 und 35 Prozent. Größere Ost-West-Unterschiede zeigen sich lediglich noch bei der Teilnahme an ethisch motivierten Produktboykotts, die in den letzten Jahren in Westdeutsch-

land auf über 30 Prozent anstieg, während sie in Ostdeutschland weit weniger verbreitet ist und ein Niveau von maximal 20 Prozent erreicht.

115. *Beteiligungsschwerpunkte Ost und West:* Bei etlichen Partizipationsformen sind andererseits nach wie vor deutliche Differenzen zwischen West- und der Ostdeutschen zu verzeichnen. Auf einem – je nach Aktivität zwischen 30 und 50 Prozent variierenden – Teilnahmeniveau lag im Jahr 2014 zwischen West- und Ostdeutschen eine Differenz von sechs (Unterschriftensammlungen, direktdemokratische Verfahren), acht (Aktivität in Freiwilligenorganisationen) bzw. 14 Prozentpunkten (Produktboykotts). Kontakte zu Politikern werden von Ostdeutschen ebenfalls wesentlich seltener als Mittel politischer Einflussnahme genutzt als von Bewohnern der alten Bundesländer, sie spielen aber im Partizipationssystem der alten und der neuen Länder dennoch eine wichtige Rolle. Das gleiche gilt für die Beteiligung an Bürgerdialogen und an Planungsprozessen, die im Westen und im Osten annähernd gleich breit genutzt werden. Nur ein relativ kleiner Teil der Ost- und Westdeutschen partizipiert hingegen über soziale Netzwerke, geht zu Demonstrationen oder arbeitet in politischen Parteien mit.

116. *Regional unterschiedliche Beteiligungssysteme:* Nahezu 80 Prozent der Westdeutschen und fast 70 Prozent der Ostdeutschen beteiligen sich in irgendeiner Form aktiv am politischen Geschehen. Der Anteil der nur schwach Involvierten, also jener, die nur auf eine der erfassten Aktivitäten zurückgreifen, umfasst im Westen wie im Osten lediglich ein Fünftel der Bevölkerung. Demzufolge nutzen 60 Prozent der Westdeutschen und die Hälfte der Ostdeutschen mindestens zwei über die Teilnahme an Wahlen hinausgehende Beteiligungsformen, um Einfluss auf die Politik zu nehmen. Ein Viertel der Westdeutschen und 16 Prozent der Ostdeutschen beteiligen sich an der Hälfte der neun erfassten Aktivitäten. Der durchschnittliche Westdeutsche gibt etwas mehr als zwei solcher Aktivitäten an, der durchschnittliche Ostdeutsche knapp zwei Aktivitäten. Diese Daten belegen ein bemerkenswert hohes Niveau politischer Partizipation in Deutschland, allerdings auch ein deutliches West-Ost-Gefälle, das in früheren Untersuchungen weniger sichtbar war.

117. *Verknüpfung konventioneller und unkonventioneller politischer Partizipation:* Auch die Bevölkerungsumfrage 2014 bestätigt in West- wie in Ostdeutschland eine positive Beziehung zwischen der Beteiligung an beiden Aktivitätsformen. Demnach gehören die meisten Befragten in beiden Landesteilen entweder zur Gruppe der Inaktiven (West: 21 %, Ost 31 %) oder zu denjenigen, die zwecks Durchsetzung ihrer Interessen sowohl auf traditionelle als auch auf alternative Formen des politischen Engagements setzen (West: 41 %, Ost: 31 %). Dem stehen deutlich kleinere Gruppen von „Partizipationsspezialisten“ gegenüber. Ausschließlich traditionell engagiert sind in den alten und den neuen Ländern jeweils neun Prozent der Befragten, ausschließlich alternativer Formen des Engagements bedienen sich jeweils 29 Prozent.

118. *Ost-West-Differenzen politischer Partizipation:* Im Ausmaß und in der Art politischer Partizipation unterscheiden sich die Bürger im Osten und im Westen Deutschlands im Jahr 2014 mithin deutlich voneinander. Im Vergleich mit den Jahren zuvor scheinen

diese Unterschiede sogar eher gewachsen zu sein als abgenommen zu haben. Die festgestellten Differenzen sind auch in der Nachwendegeneration anzutreffen. Anders als bei den meisten politischen *Einstellungen*, weisen die nach 1990 sozialisierten Menschen in Ost- und Westdeutschland in ihrem aktiven politischen Engagement keine besonders große Ähnlichkeit miteinander auf. Die einzige Ausnahme bildet die Wahlbeteiligung. Zunächst muss es hier bei der Feststellung bleiben, dass die Konvergenz der politischen Orientierungen der West- und Ostdeutschen weiter fortgeschritten ist als auf der Ebene des politischen Verhaltens. Dies gilt insbesondere für die nach der Wiedervereinigung sozialisierten Bevölkerungsgruppen.

119. *Räumliche Verbundenheit Ostdeutscher*: Eine starke Verwurzelung und Identifikation mit geografisch abgrenzbaren Einheiten kann die Wahrscheinlichkeit von bürgerschaftlichem und politischem Engagement erhöhen sowie die Abwanderungsquote verringern. Am stärksten fühlen sich Bürger Ostdeutschlands im Jahr 2014 mit ihrem Wohnort verbunden, gefolgt von Bundesland, Ostdeutschland, Gesamtdeutschland und Europa. Bemerkenswert hierbei ist, dass die Verbundenheit mit dem staatsrechtlich nicht mehr existierenden Gebilde Ostdeutschland größer ist als mit Gesamtdeutschland. Die Bürger der neuen Bundesländer nehmen sich demzufolge auch heute noch eher als Ostdeutsche denn als Gesamtdeutsche wahr. Gleichwohl liegt der Anteil derer, die sich im Osten stark oder sehr stark mit Deutschland identifizieren, mit 68 Prozent nur unwesentlich unter den 72 Prozent in Westdeutschland. Die Verbundenheit zum jeweiligen „anderen“ Teil Deutschlands ist in beiden Landesteilen am schwächsten ausgeprägt.

120. *Räumliche Verbundenheit Westdeutscher*: Im Westen des Landes zeigt sich ein etwas anderes Bild. Primärer gefühlsmäßiger Bezugsrahmen ist hier nicht der Wohnort, sondern das Bundesland; es folgen der Wohnort, Deutschland, Westdeutschland, Europa und, wie bereits erwähnt, an letzter Stelle Ostdeutschland. Insgesamt liegt die Identifikation mit Deutschland als Ganzem höher als mit dem Teil, in dem man wohnt bzw. aufgewachsen ist. Ausgeprägte Unterschiede im jeweiligen Verbundenheitsniveau lassen sich zwischen Ost und West (mit der Ausnahme West- bzw. Ostdeutschland) nicht nachweisen.

121. *Räumliche Bindung nach Generationen*: Richtet man den Blick auf die Altersgruppe der 14- bis 29-Jährigen, so zeigen sich zwischen Ost und West kaum noch Differenzen. In beiden Landesteilen ist hier die Verbundenheit mit dem Bundesland höher als diejenige mit dem unmittelbaren örtlichen Wohnumfeld, was auf eine generell höhere Mobilitätsbereitschaft der jüngeren Generation hindeutet. Es folgt die Verbundenheit mit dem Wohnort, gleichauf mit Gesamtdeutschland, und erst an vierter Stelle diejenige mit West- bzw. Ostdeutschland. Bei jüngeren Befragten scheint das vereinigte Deutschland bereits einen identitätsstiftenden Rahmen jenseits des Bundeslandes abzugeben.

122. *Sozialer Zusammenhalt*: Vorliegende Studien weisen für Ostdeutschland einen explizit niedrigeren sozialen Zusammenhalt aus. Annahmen zufolge, könnten sich Effekte erodierender Verbundenheit nachteilig auf politische und bürgerschaftliche Engagementbereitschaft auswirken. Dieser vermutete Zusammenhang wird anhand der Daten

unserer Bevölkerungsumfrage in seiner Voraussetzung nicht bestätigt. Denn gut 60 Prozent der Befragten in Ost und West geben an, dass das sie umgebende soziale Gefüge durch Vertrauen und Zusammenhalt geprägt ist. Nur etwa 10 Prozent bekunden gegenteilige Erfahrungen, und zwar auch hier ohne regionale Unterschiede. Die Wirkung von sozialem Zusammenhalt auf politische oder soziale Partizipation ist eher schwach ausgeprägt.

123. *Beurteilung der wirtschaftlichen Lage*: Die wirtschaftliche Lage in Deutschland wird aktuell ganz überwiegend positiv wahrgenommen. Dabei ist ohne Belang, ob die Befragten aus dem Westen oder Osten des Landes kommen. Im Spiegel der Daten bestätigt sich dieser Trendverlauf für 2014. Nur Minderheiten stufen die wirtschaftliche Entwicklung allgemein und persönlich in Ost und West als schlecht bzw. sehr schlecht ein. In beiden Teilen des Landes hat die mittlere Einschätzung der ökonomischen Situation (teils/teils) in den letzten zwei Jahren weiter zugenommen, dabei etwas stärker in Ostdeutschland. Differenzen zwischen Ost und West, die 2012 noch gemessen worden waren, scheinen in den aktuellen Daten nicht mehr auf. So wird auch der wirtschaftliche Lauf in Ostdeutschland wie in Westdeutschland sowohl durch ostdeutsche als auch durch westdeutsche Befragte nahezu gleichlautend bewertet.

124. *Einschätzung der künftigen wirtschaftlichen Entwicklung*: Ein in beiden Landesteilen überwiegend gleichlautendes Stimmungsbild schält sich heraus, was die Einschätzung der künftigen wirtschaftlichen Entwicklung im Land betrifft. Die ökonomische Zukunft wird im Osten sogar etwas optimistischer eingeschätzt als im Westen. Allerdings sind diese Differenzen nur marginal ausgeprägt. Auch bezüglich der Prognose für die eigene Situation in naher Zukunft liegen Ost- und Westdeutsche gleichauf. 25 Jahre nach der friedlichen Revolution hat sich die Schere innerhalb der auf das Schlüsselthema Wirtschaft gerichteten Stimmungslage weitgehend geschlossen.

125. *Allgemeine Lebenszufriedenheit*: Eng verwoben mit der Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Situation ist die allgemeine Lebenszufriedenheit. Diese liegt in Deutschland mittlerweile ebenfalls auf einem einheitlich hohen Niveau und unterscheidet sich zwischen Ost und West nur noch gering. Die Anteile der „eher“ und „sehr Zufriedenen“ liegen mit 83 Prozent im Westen und 76 Prozent im Osten außerordentlich hoch. Demgegenüber stehen 3 bzw. 5 Prozent, die mit ihrem Leben unzufrieden sind.

126. *Ost-West-Unterschiede als Effekt unterschiedlicher Ressourcenausstattung*: Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass individuell verschiedene Einschätzungen, speziell was die wirtschaftliche Lage und die Lebenszufriedenheit betrifft, nicht auf verallgemeinerbare Ost-West-Unterschiede zurückgeführt werden können. Vielmehr beruhen sie auf unterschiedlich verteilter individueller Ressourcenausstattung und differierenden anderen Struktur- und Einstellungsmustern, die in beiden Landesteilen gleichermaßen wirksam sind. Dazu zählen u.a. Bildung, Einkommen, relative Deprivation, persönliche Einheitsbilanz und auch die Parteipräferenz.

127. *Häufigkeit der Mediennutzung*: Nun zu den Daten über die Häufigkeit der Mediennutzung zu Zwecken der Information über das politische Tagesgeschehen: Der Rückgriff

auf Medien als Informationsquelle fällt mit durchschnittlich 6 von 7 Wochentagen in Ost und West gleichermaßen hoch aus. Mit höherer Bildung und höherem Alter steigt die Nutzungshäufigkeit an. Zwar liegt der Anteil derer, die angeben, sich an jedem Tag der Woche über Politik zu informieren, in den alten Bundesländern um 10 Prozentpunkte höher, jedoch ist dieser Vorsprung im Mittel nicht mehr erheblich. Es ergibt sich für Ost und West somit keine bedeutsame Differenz.

128. *Hauptquellen medialer Information:* Spitzenreiter als Hauptinformationsquelle ist in beiden Teilen Deutschlands mit 44_{Ost} und 39_{West} Prozent das Fernsehen, gefolgt von der Tageszeitung mit 21_{Ost} und 24_{West}, dem Internet 18_{Ost} und 19_{West} sowie schließlich dem Radio 15_{Ost} und 13_{West}. Es sind vor allem Ältere (hier über 45-Jährige), welche das Fernsehen als primäre (ca. 42 %) und die Tageszeitung (ca. 30 %) als sekundäre Informationsquelle für das politische Tagesgeschehen nutzen. Dabei fällt im Osten die Fernsehquote unter Älteren im Schnitt etwas höher aus. Die jüngeren Alterskohorten bis 44 Jahre favorisieren mit einigem Abstand das Internet über Computer, Smartphones etc. am häufigsten (ca. 41 %); in diesen Jahrgängen ist das Fernsehen (30 %) das zweithäufigst genutzte Medium. Das Radio wird von den meisten Altersgruppen, mit Ausnahme der über 60-Jährigen, ähnlich oft genannt.

129. *Bildungsschere bei Qualitätszeitungen:* Bei der Nutzung von Tageszeitungen in Abhängigkeit von den unterschiedlichen Bildungsgruppen sind Differenzen zwischen Ost und West offenkundig. So zeigt sich im Westen ein klarer linearer und positiver Bildungseffekt: Mit höherer formaler Bildung steigt dort die Wahrscheinlichkeit, dass die Tageszeitung als primäres Informationsmedium genutzt wird. Unter westdeutschen Akademikern ist sie mit 31 Prozent Nutzerquote das geläufigste Medium. Im Unterschied dazu sind es im Osten gerade formal gering Qualifizierte (mit Haupt- oder Volksschulabschluss), unter denen die Tageszeitung weiten Zuspruch erfährt (33,3 %); Akademiker bleiben mit 23,4 Prozent fast 10 Prozentpunkte dahinter zurück. Eine Ursache für diese 'Bildungsschere' dürfte sein, dass die verbreitete Auflage der Qualitätszeitungen mit überregionaler Wirkung in Ostdeutschland sehr viel geringer ist.

130. *Mediennutzung nach Generationen:* Ältere bevorzugen vor allem im Osten Deutschlands eher die jeweiligen Regionalzeitungen (80 % bzw. 66 %), die häufig aus den ehemaligen DDR-Bezirkszeitungen hervorgegangen waren. Unter den Jüngeren ist der Anteil der Nutzung regionaler Tageszeitungen zwar immer noch relativ am höchsten, er fällt mit etwa 45 % aber deutlich niedriger als bei Älteren aus; zudem ist in der nachwachsenden Generation der Leseranteil, der auf überregionale Tageszeitungen entfällt, wesentlich höher (ca. 32 %). Auch BILD ist in Ost und West vor allem unter jüngeren Lesern beliebt, das Boulevardblatt ist aber mit etwa 10 Prozent als Quelle politischer Information nachrangig.

131. *Bewertung der Berichterstattung zur Einheit:* Gebeten, die Medienberichterstattung, die sie in den letzten Jahren zum Thema deutsche Einheit wahrgenommen haben, auf einer Positiv-Negativ-Skala zu verorten, fällt das Urteil deutschlandweit überwiegend sehr und eher positiv aus (ca. 54 %). Nur etwa 14 Prozent fällen ein negatives Urteil. Im

Osten schätzen vor allem jüngere und höher Gebildete die Medienberichterstattung der letzten Jahre positiver ein. Dies könnte darauf hindeuten, dass sich vor allem ältere Ostdeutsche mit niedriger Bildung in der Medienlandschaft mit ihrer Sichtweise der deutschen Einigung nicht angemessen vertreten sehen. Umgekehrt ist die jüngere Generation deutlich weniger involviert in die prägenden Erfahrungen des gesellschaftlichen Umbruchs seit 1990.

132. *Positive Trendeinschätzung der Berichterstattung*: Auf die ergänzende Frage, ob sich die Berichterstattung in den letzten Jahren zum Positiven oder Negativen verändert habe, antworten erneut viele Befragte eher positiv. Im Schnitt meinen 35 Prozent in Ost und West, dass sich die Berichterstattung in den letzten Jahren noch verbessert hat. Das Fazit lautet: Insgesamt sind die Bürger in Deutschland mit dem Medienecho 25 Jahre nach der friedlichen Revolution mehrheitlich zufrieden.

J Medienberichterstattung

Die quantitative Inhaltsanalyse untersucht auf der Basis von sechs Tageszeitungen, darunter drei überregional verbreitete Qualitätszeitungen (FAZ, SZ, taz), die Boulevardzeitung „Bild“ und zwei Berliner Regionalzeitungen (Berliner Zeitung und Der Tagesspiegel), in einer langfristigen Perspektive (von 1990 bis 2014), wie die deutsche Presse über das Thema Deutsche Einheit/ Wiedervereinigung im Speziellen sowie das Verhältnis zwischen Ost- und Westdeutschland im Allgemeinen berichtet. Die Analyse ausgewählter Berichtszeitpunkte (Tag der Einheit, Veröffentlichung repräsentativer Bevölkerungsumfragen, Wahlen zum Bundestag, zum Europäischen Parlament und zu ostdeutschen Landtagen) ergab folgende wesentliche Ergebnisse:

133. Mengenmäßig sind die meisten in der Stichprobe erfassten Artikel, nämlich knapp ein Viertel, im Einigungsjahr 1990 erschienen. Danach flaut das Aufkommen an einigungsbezogener Berichterstattung rapide ab.

134. Es sind die beiden Berliner Regionalzeitungen, die fast kontinuierlich die meisten einschlägigen Artikel veröffentlichen. Diese Vorreiterposition gründet darin, dass hier auch die Regional- bzw. Lokalteile in die Analyse einbezogen wurden. Rechnet man diesen ortsbezogenen Überhang heraus, baut sich das Gefälle zu den anderen untersuchten Blättern deutlich ab.

135. Nur ein Fünftel der Artikel sind von Nachrichtenagenturen übernommene Meldungen. Der Großteil sind redaktionsintern eigens produzierte Beiträge (gut 65 %), deren Informationen von den Redakteuren selbst recherchiert, selektiert und ggf. kommentiert wurden.

136. Nur vergleichsweise wenige Artikel – im Schnitt knapp sieben Prozent, bei der FAZ mit 11,4 Prozent deutlich mehr – sind „prominent“, d.h. als Aufmacher oder Kommentar auf der Titelseite, platziert. Immerhin rund ein Drittel der Beiträge schaffte es auf einen Platz als Aufmacher oder hervorgehobenen Kommentar im Innenteil.

137. Knapp 40 Prozent aller Artikel sind mit mindestens einem Bild (i.d.R. einem Foto) versehen und dadurch optisch noch einmal hervorgehoben. Die mit Abstand meisten bebilderten Artikel sind in der Boulevardzeitung Bild erschienen (gut 65 %), die wenigsten in der konservativen Qualitätszeitung FAZ (knapp 23 %). Insgesamt besteht ein Trend zu einer zunehmend stärkeren Visualisierung des Themas Wiedervereinigung.

138. Alle Zeitungen bedienen sich vorwiegend objektivierender Darstellungsformen, d.h. solcher Darstellungen und Berichte, die tatsachenbetonte Information vermitteln. Diese Form der Berichterstattung dominiert auch im Zeitverlauf. Kommentare oder Glossen machen hingegen nur zwischen einem Zehntel und einem Sechstel aller Beiträge aus.

139. Die *Auswahl der Themen* ist eindeutig fokussiert auf politische Prozesse („Politics“; ca. 34 %) und spezifische Politikfelder („Policy“; ca. 32 %). Themen, die institutionelle Fragen berühren („Polity“), sind selten (ca. 4 %). Sonstige Themen nehmen ca. 29 Prozent der Berichterstattung ein und sind überdurchschnittlich häufig bei der BILD-Zeitung anzutreffen. Innerhalb des Themenblocks „Politics“ stechen als Einzelthemen vor allem Ereignisse rund um das Thema Einheitsfeier (52 %) und – deutlich seltener – Wahlen und Parteipolitik hervor (20 bzw. 16 %). Den Bereich „Policy“ dominieren Kultur, Soziales und Wirtschaft mit jeweils knapp 20 Prozent. Im Bereich „Polity“ spielen Diskussionen über das politische System der DDR und die Ausgestaltung des Einheitsvertrags (37 bzw. gut 34 %) die wichtigste Rolle.

140. Nahezu alle ausgewerteten Presseartikel sind aus einer spezifischen *Perspektive* verfasst: Am häufigsten (rd. 44 %) wird dabei ein sowohl west- als auch ostdeutscher Blickwinkel eingenommen. Demgegenüber sind einseitige Betrachtungen selten. Ist dies der Fall, geschieht dies häufiger aus ostdeutscher denn westdeutscher Optik (14 zu 3 %). Andererseits verzichten auch zahlreiche Artikel auf ein „Ost-West“-Schema und nehmen stattdessen eine gesamtdeutsche (26,6 %), europäische (4,4 %) oder globale (8,2 %) Perspektive ein.

141. Etwa jeder dritte Artikel identifiziert ein mit der Deutschen Einheit im Zusammenhang stehendes Problem. Dies geschieht durchweg problemdarstellend (knapp 97 %). Aspekte der *Problemlösung* treten hingegen weitgehend in den Hintergrund (ca. 3 %). Knapp jeder zehnte Artikel thematisiert *Konflikte*, also strittige Interessenlagen, Bedürfnisse, Ziele oder Wertvorstellungen. Mehr als ein Viertel davon bezieht sich auf „Ost-West“-Konflikte. Quer durch alle dargestellten Konfliktkonstellationen hindurch, seien diese regional, innerdeutsch oder global, wird in über 40 Prozent der konfliktdarstellenden Artikel eine ostdeutsche Konfliktpartei in den Mittelpunkt gerückt. Während hier über die Zeitungen hinweg nur wenige Unterschiede bestehen, besteht größerer Dissens bezüglich der Rolle westdeutscher Konfliktparteien. Diesen wird vor allem von regionalen – und hier insbesondere der in Ostberlin erscheinenden Berliner Zeitung – eine Schlüsselstellung eingeräumt.

142. *Gemeinsamkeiten zwischen Ost und West* sind nur in gut jedem zehnten Artikel (11,6 %) aufzufinden. Deutlich häufiger werden *Unterschiede* aufgezeigt (knapp 40 %),

und zwar am häufigsten mit Blick auf einzelne Politikfelder (rd. 45 %) und institutionelle Fragen (rd. 36 %). Problemorientierte Berichte (siehe Pkt. 141) werden oftmals mit Hinweisen auf Unterschiede verknüpft.

143. Der Tenor der Bewertung solcher Unterschiede ist eindeutig: In etwa zwei Dritteln aller Berichtsfälle wird darin ein Vorteil für Westdeutschland gesehen und nur in gut 15 Prozent für Ostdeutschland.

144. In etwa jedem achten Beitrag (12,4 %) wird eine *Angleichung beider Landesteile* konstatiert. So überschaubar dieser Anteil einerseits ist, so klar ist andererseits die angenommene Richtung dieser konvergenten Entwicklung: Rund 60 Prozent der Artikel gehen von einer Angleichung Ostdeutschlands an Westdeutschland aus. Knapp ein Viertel der Beiträge sieht eine beiderseitige Annäherung. Nicht einmal 6 Prozent diagnostizieren, dass sich der Westen auf den Osten zubewege.

145. Knapp die Hälfte der Berichte in den ausgewerteten Tageszeitungen enthält eine allgemeine *Bewertung der deutschen Einheit*. Dieses Votum fällt insgesamt eindeutig positiv aus: Etwa drei Viertel der Beiträge erteilt der Wiedervereinigung ein Gütesiegel. Nur etwas mehr als 13 Prozent urteilen eher oder dezidiert negativ. In der Rückschau betrachtet wird die Deutsche Einheit in der Presseberichterstattung in den letzten Jahren deutlich positiver bewertet als noch in den 1990er Jahren.

146. Dabei gibt es zwischen den analysierten Blättern durchaus Unterschiede. Während die Einschätzungen in konservativen Blättern (81 %) und Boulevardzeitungen (BILD) (fast 90 % wohlwollende Bewertungen) am günstigsten ausfallen, wird die deutsche Einigung in linken Medien (67 %) und Qualitätszeitungen (73 %) deutlich kritischer begleitet.

147. Bei der rückblickenden Beurteilung der *Entwicklung der deutschen Einheit* gibt es innerhalb des Spektrums der Zeitungen nur geringe Unterschiede. Am stärksten sind die Differenzen noch zwischen linken und konservativen Blättern (28 gegenüber 40 % positiver Artikel). Verglichen mit der positiven Gesamtbewertung der Wiedervereinigung, fallen solche Bilanzen allerdings erkennbar zurückhaltender aus. Insgesamt halten sich Berichte über positive Entwicklungserträge mit negativen Tendenzmeldungen in etwa die Waage. Letztere treten häufiger auf, wenn ein Problem thematisiert wird.

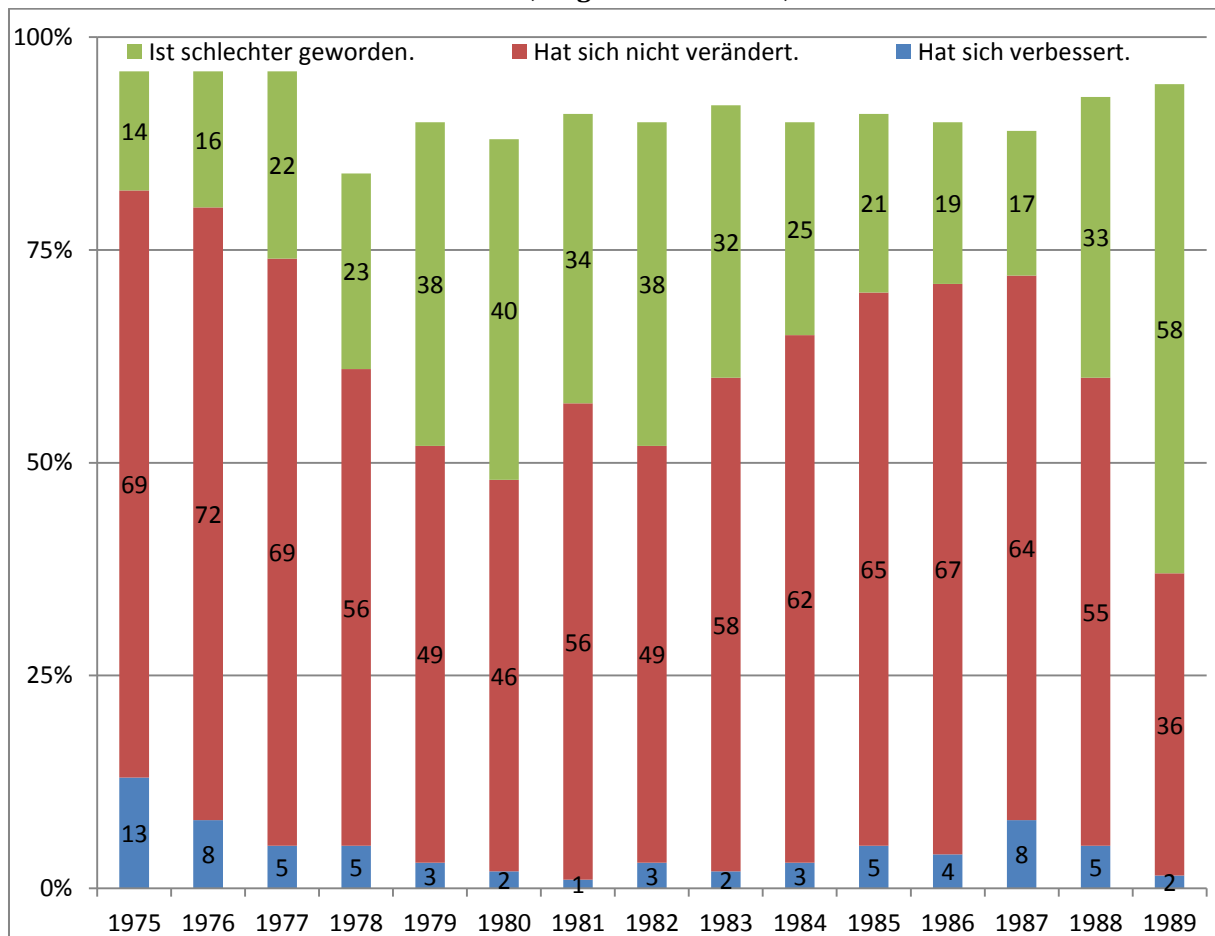
148. Die *künftige Entwicklung des geeinten Deutschland* wird in etwa jedem fünften untersuchten Beitrag zum Thema. Dabei überwiegen mit annähernd 32 Prozent zusehender Annahmen die pessimistischen Prognosen (etwa 20 %). Jedoch wird in knapp 30 Prozent der Fälle die Erwartung geäußert, dass die Entwicklung offen oder nicht genau vorhersagbar sei. Weitere knapp 20 Prozent halten ein gleichzeitiges Auftreten positiver wie negativer Trends für realistisch. Auch hier kommen konservative Medien zu günstigeren Einschätzungen als linke Zeitungen (38 gegenüber 25 %). Zudem wird die Zukunft der Einheit in der in Ostberlin verankerten Berliner Zeitung deutlich kritischer eingestuft als in dem in Westberlin erscheinenden Tagesspiegel (24 gegenüber 43 % positiver Beiträge).

149. Ehestens optimistisch wird der künftige Lauf der Einheit bei politikfeldbezogenen Themen eingeschätzt. Größere Entwicklungsrisiken werden demgegenüber auf dem Feld der politischen Prozesse erwartet. Tendenziell fallen die Zukunftsaussichten dann hoffnungsvoller aus, wenn ein Entwicklungsvorteil für Ostdeutschland gesehen wird.

150. Während „Gemeinsamkeit“ und „Konvergenz“ sich im Zeitverlauf von 1990 bis 2014 in den Einstellungen der Bevölkerung Ost- wie Westdeutschlands als kennzeichnende Merkmale zunehmend klarer herauschälen, spielen diese beiden Faktoren für die Presseberichterstattung im gleichen Zeitraum eine untergeordnete Rolle. Unterschiede zwischen Ost und West werden weiterhin öfter betont als Gemeinsamkeiten – und i.d.R. werden noch immer eher die Verhältnisse in Ostdeutschland als defizitär dargestellt als die westdeutschen. Daraus auf eine gespaltene Wahrnehmung der deutschen Einheit in Medien und Bevölkerung zu schließen, ginge wohl fehl. Schlüssig erscheint eher die Annahme, dass die Presse ihre publizistische Kritik- und Kontrollfunktion auch bei dieser nationalen Frage wahrnimmt und daher stärker auf Differenz und Problem- punkte abhebt. Im Übrigen sind sich Zeitungen und Bevölkerung in der ganz überwiegend positiven Gesamtbewertung der deutschen Einigung einig. Zudem wurden die medialen Bewertungen der Einheit im Zeitverlauf positiver und die Beiträge unterscheiden seltener zwischen einer ost- und westdeutschen Perspektive, sondern berichten zunehmend aus einer gesamtdeutschen Sicht auf die Dinge. Dies könnte eventuell als ein Ergebnis des Einheitsprozesses gedeutet werden.

Ausgewählte Abbildungen

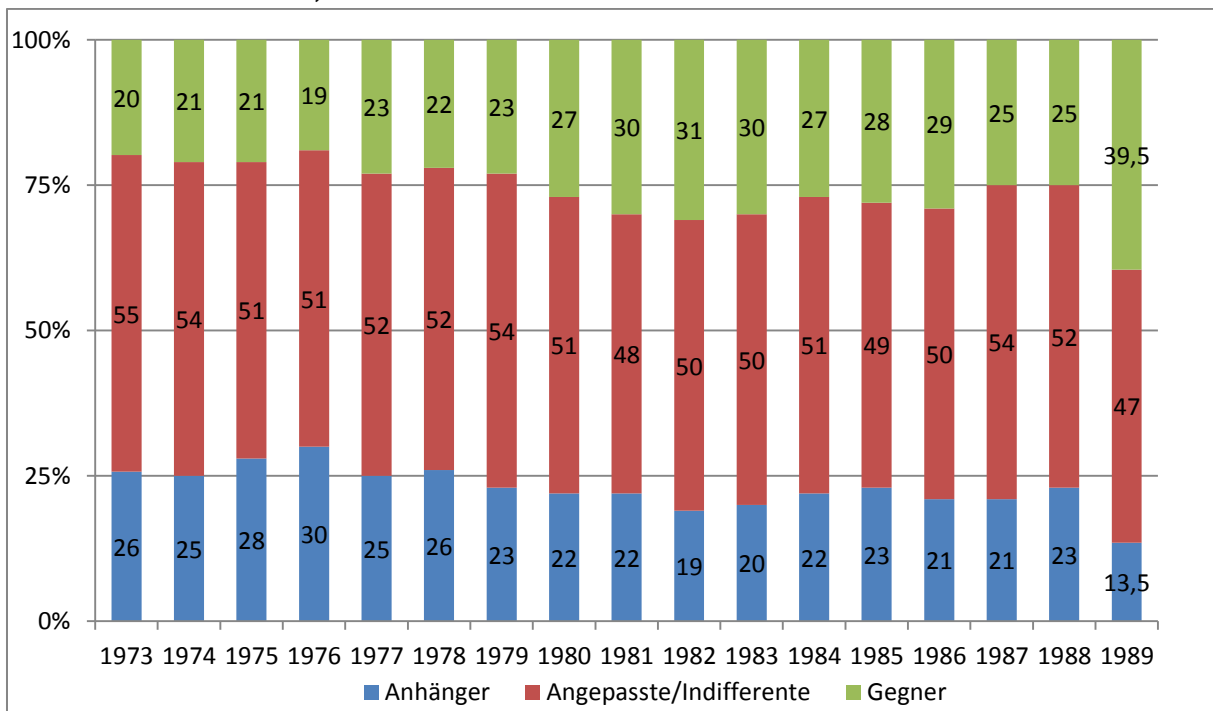
Abbildung 1 Zufriedenheit der DDR-Bürger mit den politischen Verhältnissen in der DDR aus der Sicht der DDR-Besucher, Angaben in Prozent, 1975 bis 1989



Erläuterungen: Als Basis dienten alle DDR-Besucher des jeweiligen Jahres, die nicht zum ersten Mal in der DDR waren; Angabe für 1989 = Mittelwert aus 1. und 2. Quartal.

Quelle: Infratest Kommunikationsforschung 01/1994: 64, eigene grafische Darstellung.

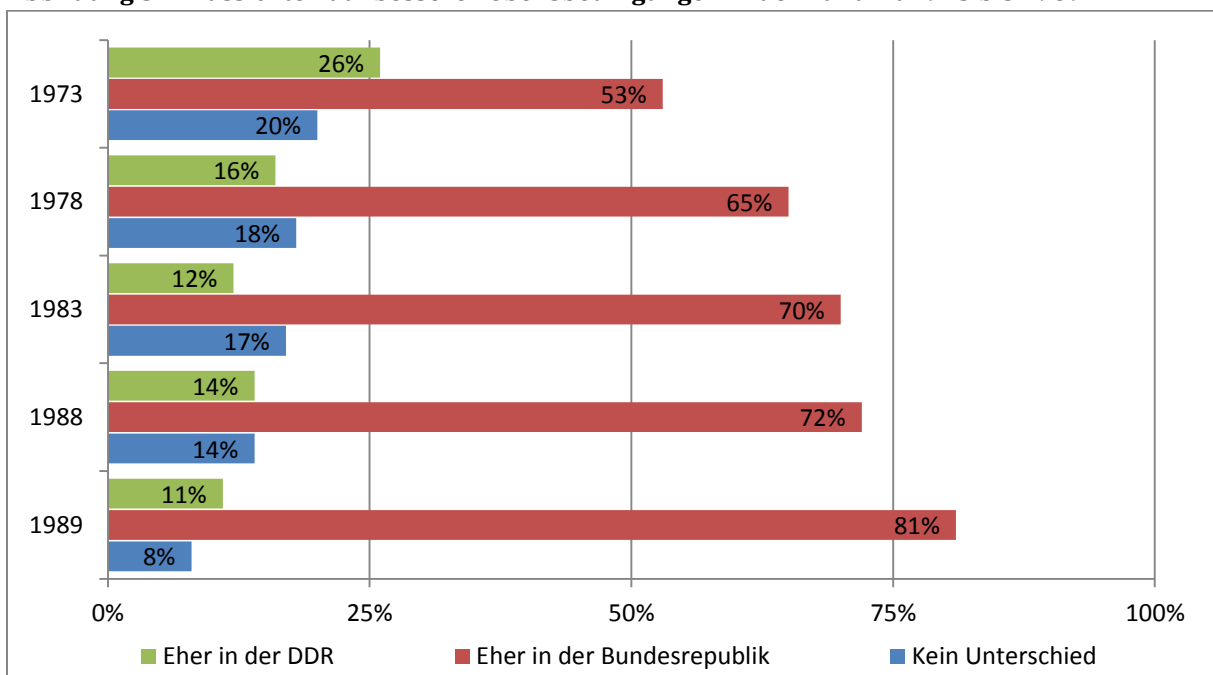
Abbildung 2 Einstellung der DDR-Bürger (Person X) zum politischen System der DDR, Angaben in Prozent, 1973 bis 1989



Erläuterungen: Angabe für 1989 = Mittelwert aus 1. und 2. Quartal.

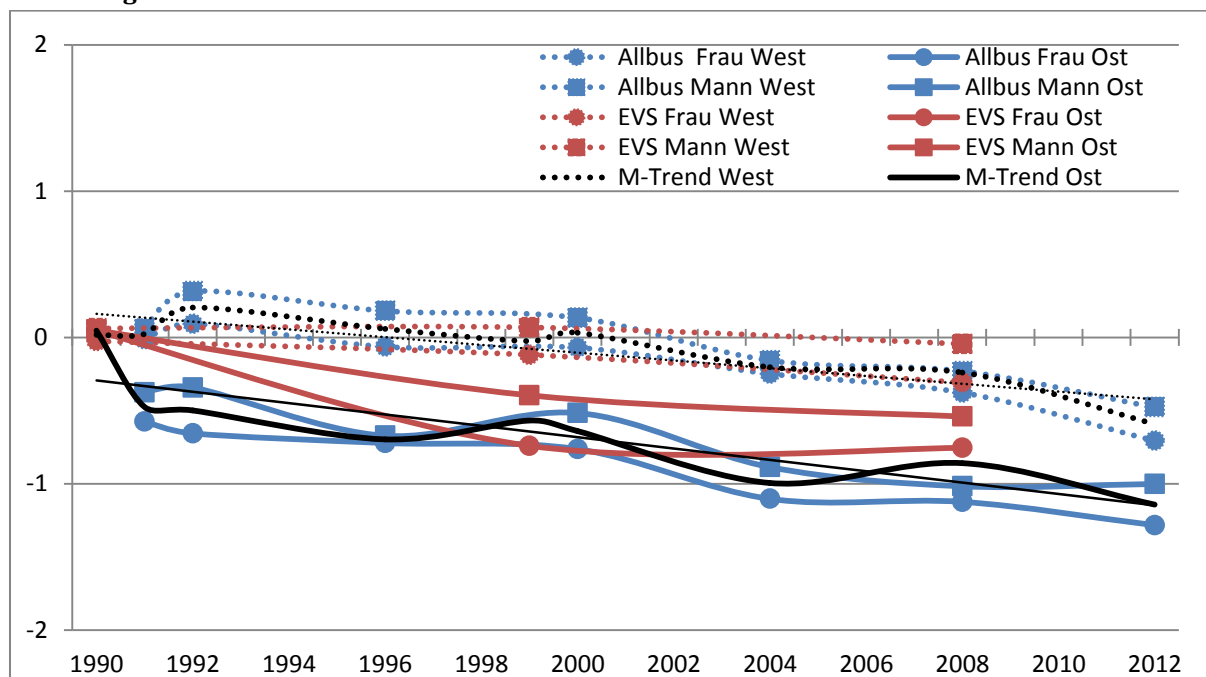
Quelle: Infratest Kommunikationsforschung 01/1994: 66.

Abbildung 3 Aussichten auf bessere Lebensbedingungen in der Zukunft 1973 bis 1989



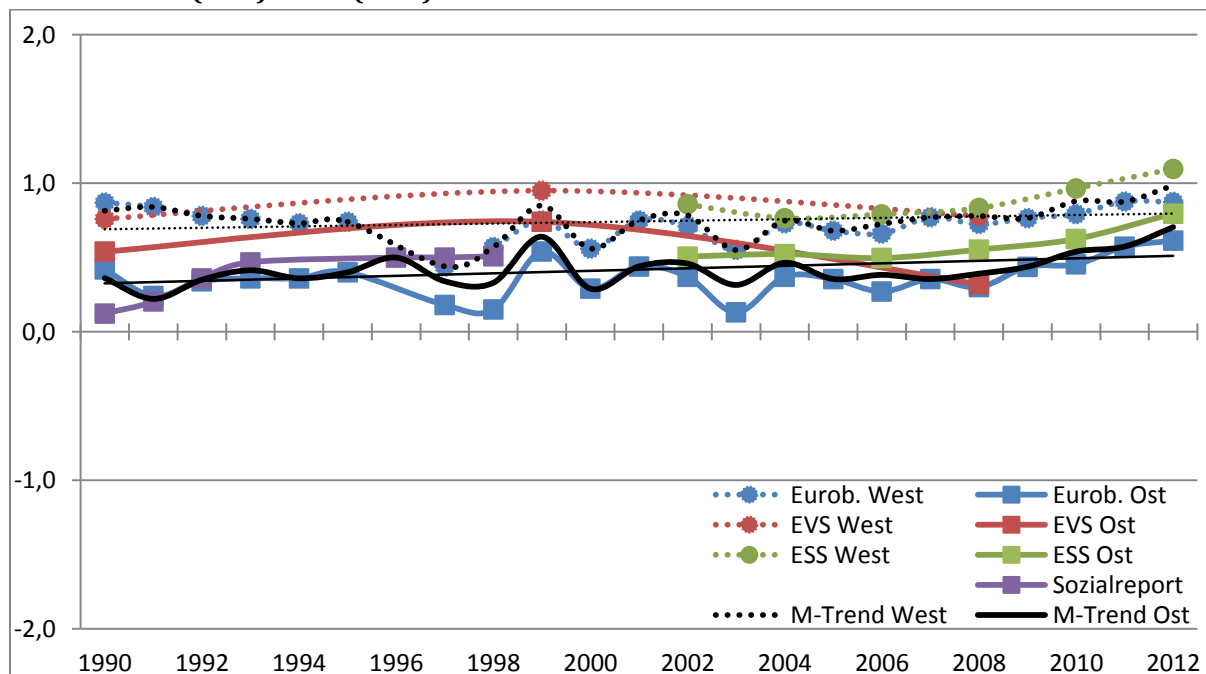
Quelle: Infratest Kommunikationsforschung 01/1994; eigene grafische Darstellung.

Abbildung 4 Hausfrau und Mutter als weibliches Lebensideal?



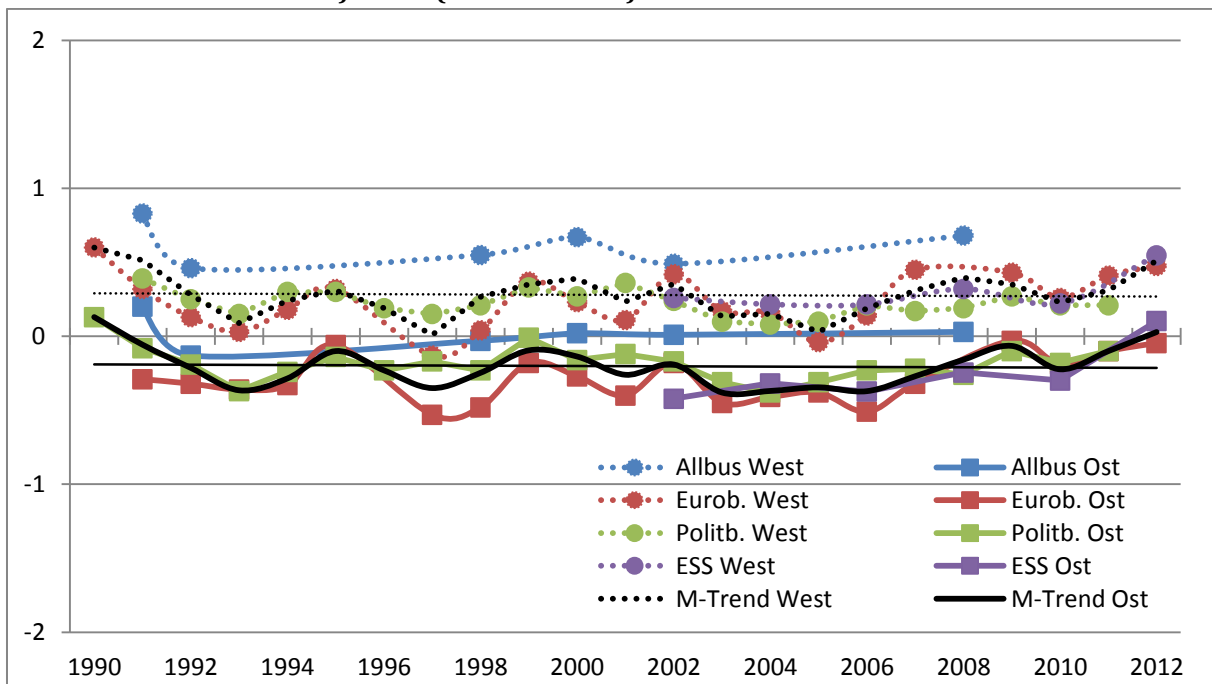
Fragetext: „Es ist für alle Beteiligten viel besser, wenn der Mann voll im Berufsleben steht und die Frau zu Hause bleibt und sich um den Haushalt und die Kinder kümmert.“ [Allbus] bzw. „Ein Beruf ist gut, aber was die meisten Frauen wirklich wollen, ist ein Heim und Kinder.“ [EVS]; Antwortvorgabe: Skala rekodiert von „stimme gar nicht zu“ (-2) bis „stimme voll zu“ (+2) [Allbus] bzw. „stimme überhaupt nicht zu“ (-2) bis „stimme voll und ganz zu“ (+2) [EVS]; Angaben: Mittelwerte.

Abbildung 5 „Allgemeine Lebenszufriedenheit“; Mittelwerte auf einer Skala (rekodiert) von -2 (min.) bis +2 (max.)



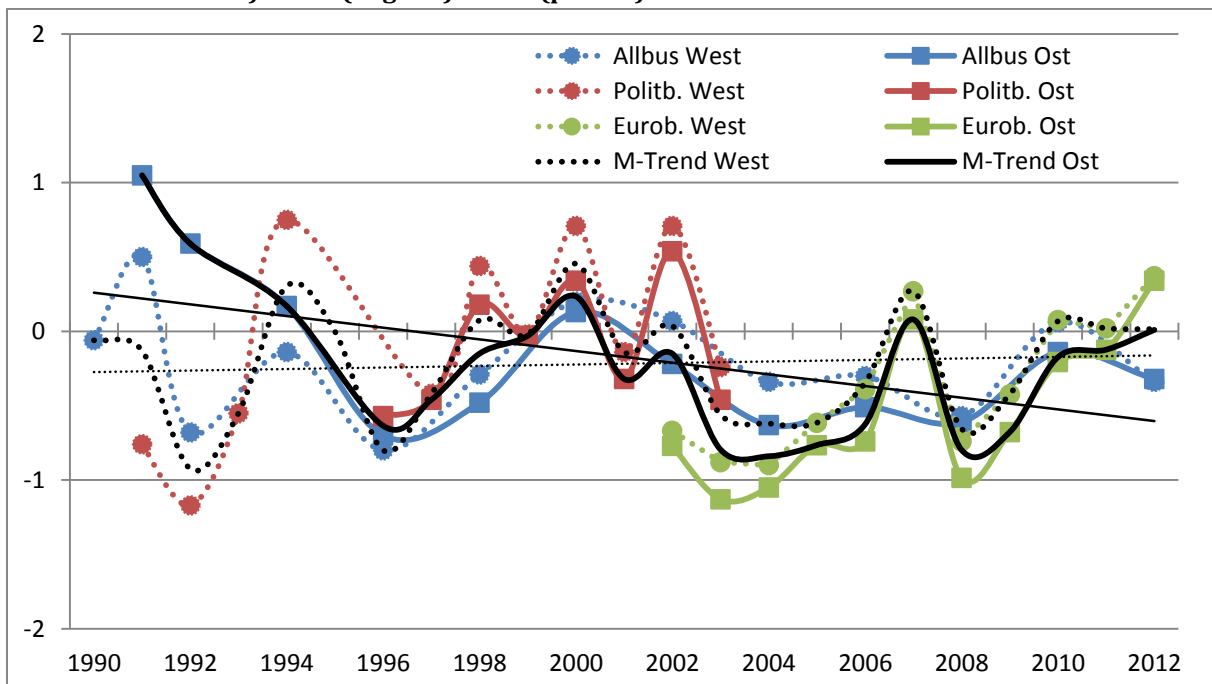
Eigene Berechnungen auf Basis des Eurobarometers, des EVS, des ESS und des Sozialreports der Volkssolidarität. Eurobarometer: Sind Sie insgesamt gesehen mit dem Leben, das Sie führen: sehr zufrieden, ziemlich zufrieden, nicht sehr zufrieden oder überhaupt nicht zufrieden? EVS: Wenn Sie einmal alles in allem nehmen: Wie zufrieden sind Sie insgesamt zurzeit mit Ihrem Leben (1-10)? ESS: Wie zufrieden sind Sie - alles in allem - mit Ihrem gegenwärtigen Leben (0-10)? Sozialreport: Wie zufrieden sind Sie gegenwärtig - alles in allem - mit Ihrem Leben (1-5)?

Abbildung 6 „Demokratiezufriedenheit“; Mittelwerte auf einer Skala (rekodiert) von -2 (Sehr unzufrieden) bis +2 (Sehr zufrieden)



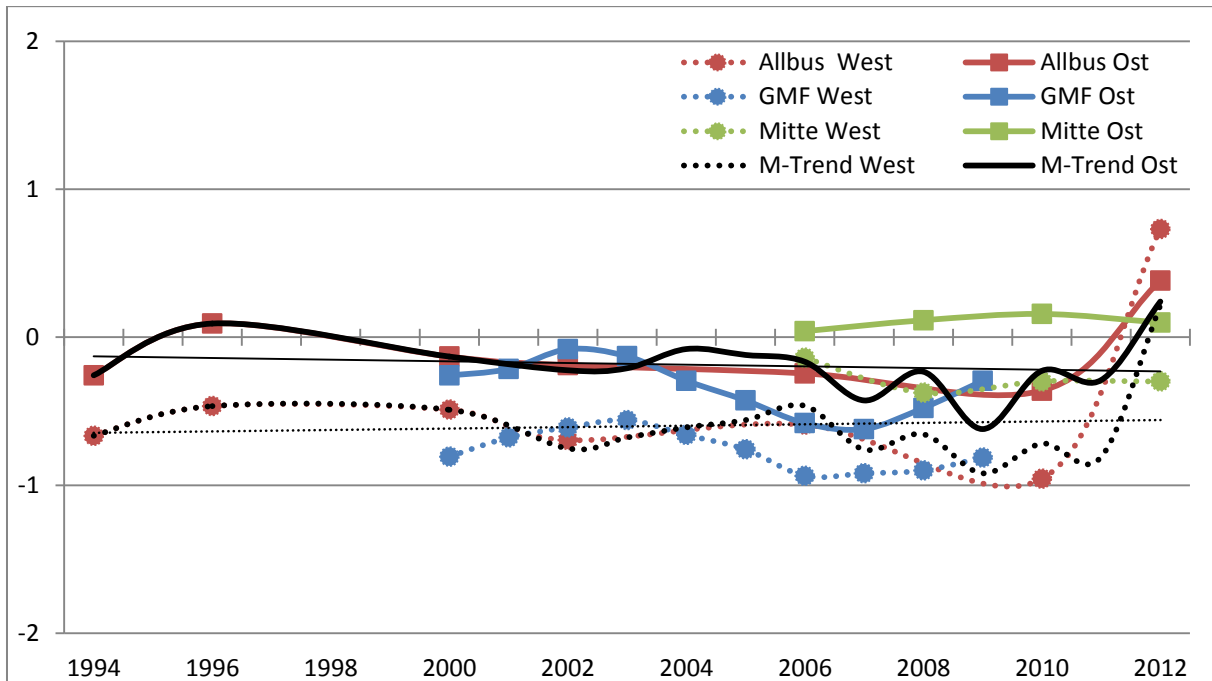
Eigene Berechnungen auf Basis des ALLBUS und des Eurobarometers. ALLBUS: Kommen wir nun zu der Demokratie in Deutschland: Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie - alles in allem - mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland *besteht* (Sehr zufrieden, ziemlich zufrieden, etwas zufrieden, etwas unzufrieden, ziemlich unzufrieden, sehr unzufrieden)? Eurobarometer: Sind Sie mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland *funktioniert*, alles in allem gesehen zufrieden? Sagen Sie es mir bitte anhand dieser Skala: Sehr zufrieden, ziemlich zufrieden, nicht sehr zufrieden, oder überhaupt nicht zufrieden? Politikbarometer: Was würden Sie allgemein zur Demokratie in Deutschland sagen? Sind sie eher zufrieden oder eher unzufrieden? ESS: Und wie zufrieden sind Sie - alles in allem - mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert (0-10)?

Abbildung 7 Zukünftige wirtschaftliche Lage in Deutschland; Mittelwerte auf einer Skala (rekodiert) von -2(negativ) bis +2 (positiv)



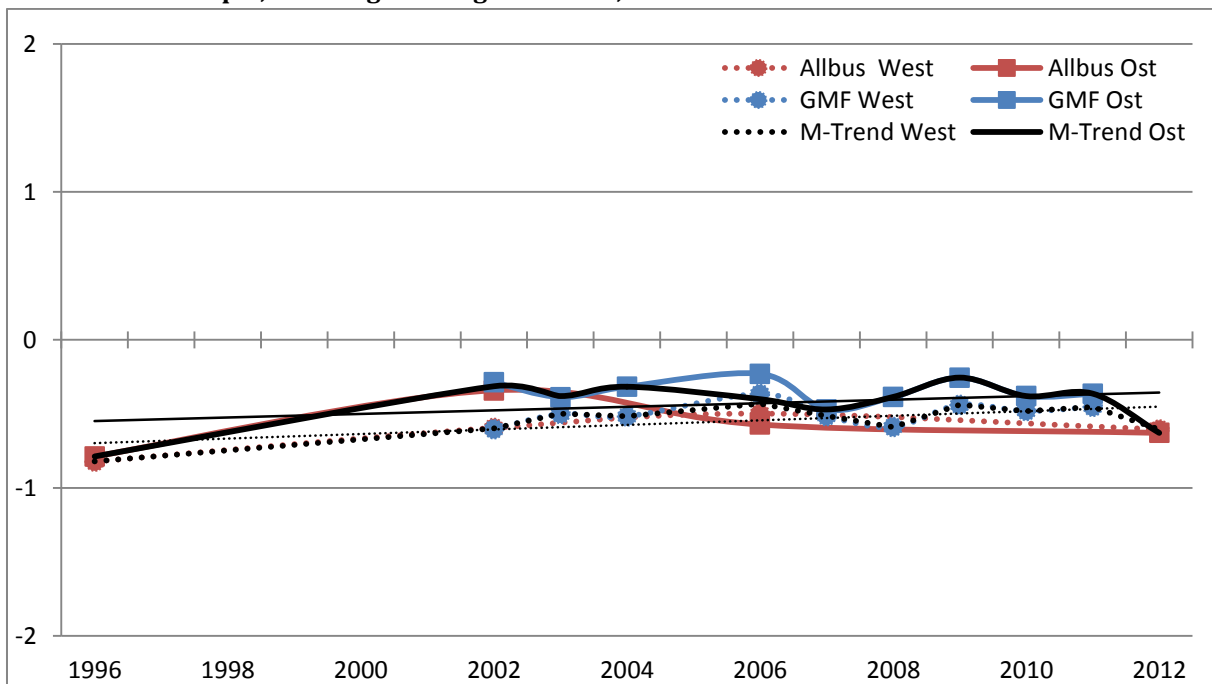
Eigene Berechnungen auf Basis des ALLBUS, des Euro- und des Politbarometers. ALLBUS „Was glauben Sie, wie wird die wirtschaftliche Lage in Deutschland in einem Jahr sein?“ Wesentlich besser als heute, etwas besser, gleichbleibend, etwas schlechter oder wesentlich schlechter? Eurobarometer: Welche Erwartungen haben Sie an die nächsten 12 Monate? Werden die nächsten 12 Monate besser, schlechter oder gleich sein in Bezug auf die wirtschaftliche Lage in Deutschland? Politbarometer: Und wie wird es in einem Jahr sein? Erwarten Sie, dass die wirtschaftliche Lage in Deutschland im Allgemeinen dann besser, gleichbleibend oder schlechter sein wird?

Abbildung 8 Ausländer- bzw. Fremdenfeindlichkeit/Xenophobie: Entwicklung im Zeitverlauf
 „Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die in Deutschland lebenden Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken.“



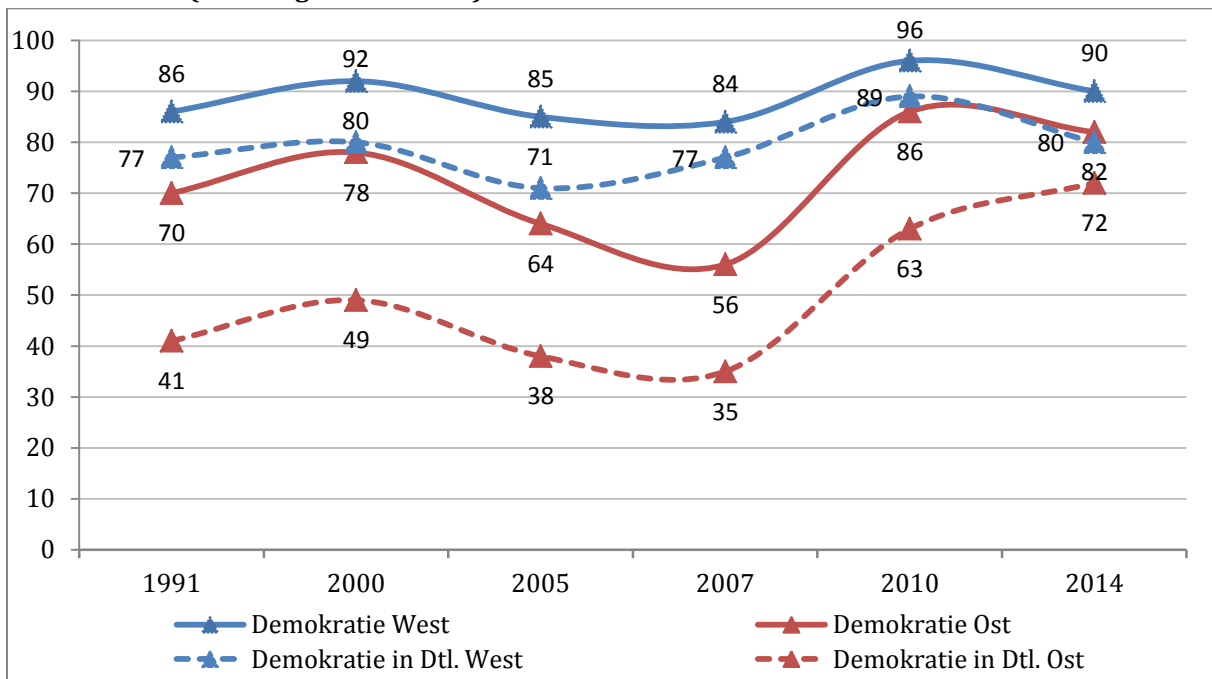
Fragetext: „Nun geht es um das Zusammenleben von Deutschen und Ausländer. Wie beurteilen Sie die folgenden Aussagen: Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die in Deutschland lebenden Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken.“ [Allbus/GMF/Mitte]; Antwortvorgabe: Skala rekodiert von „stimme überhaupt nicht zu“ (-2) bis „stimme voll und ganz zu“ (+2) [Allbus/GMF] bzw. „lehne völlig ab“ (-2) bis „stimme voll und ganz zu“ (+2) [Mitte]; Angaben: Mittelwerte.

Abbildung 9 Autoritarismus: Entwicklung im Zeitverlauf „Wir sollten dankbar sein für führende Köpfe, die uns genau sagen können, was wir tun sollen und wie.“



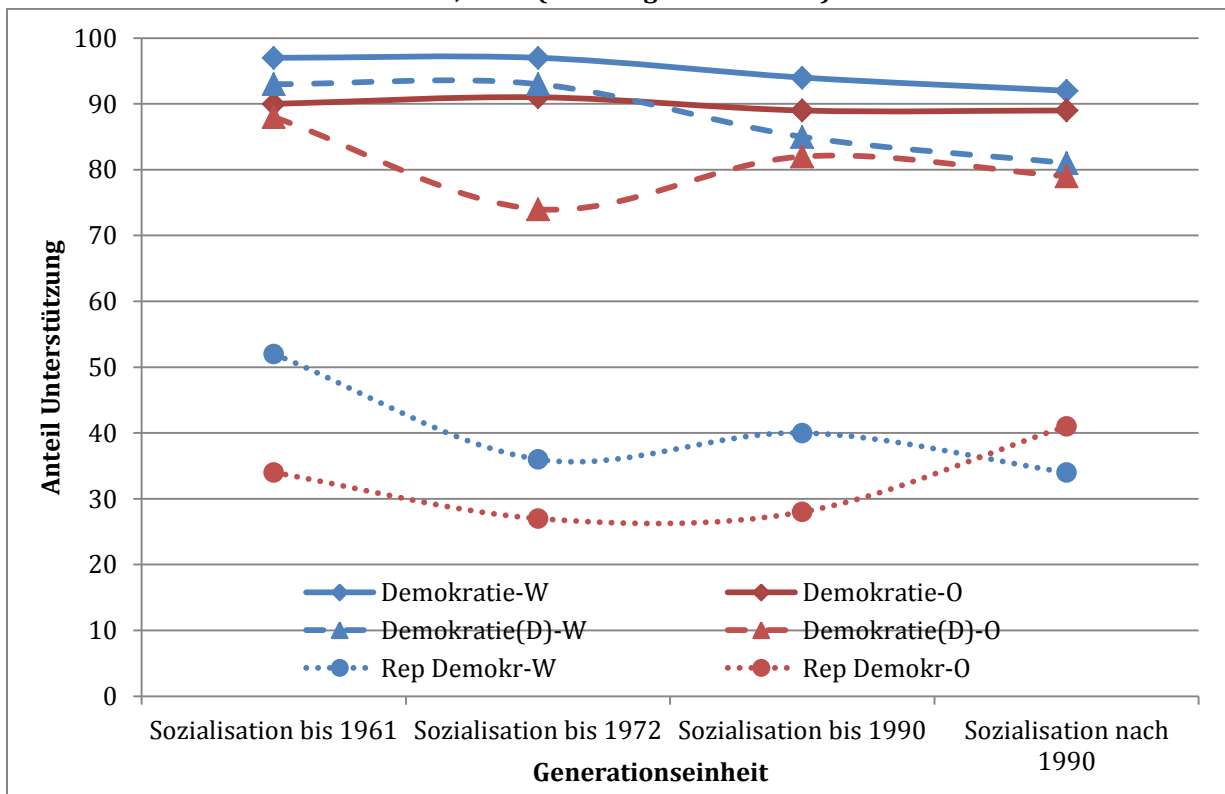
Fragetext: „Bei dieser Frage geht es um die in Deutschland lebenden Ausländer. Sagen Sie mir bitte zu jedem Satz, inwieweit Sie ihm zustimmen: Wir sollten dankbar sein für führende Köpfe, die uns genau sagen können, was wir tun sollen und wie.“ [Allbus] bzw. „Wenn Sie an das Zusammenleben in Deutschland denken, wie sehr stimmen Sie den folgenden Aussagen zu: Wir sollten dankbar sein für führende Köpfe, die uns sagen, was wir tun sollen.“ [GMF]; Antwortvorgabe: Skala rekodiert von „stimme überhaupt nicht zu“ (-2) bis „stimme voll und ganz zu“ (+2) [Allbus/GMF]; Angaben: Mittelwerte.

Abbildung 10 Unterstützung der Demokratie im allgemeinen und der in Deutschland existierenden Form der Demokratie in West- und Ostdeutschland 1991 – 2014 (Nennungen in Prozent)



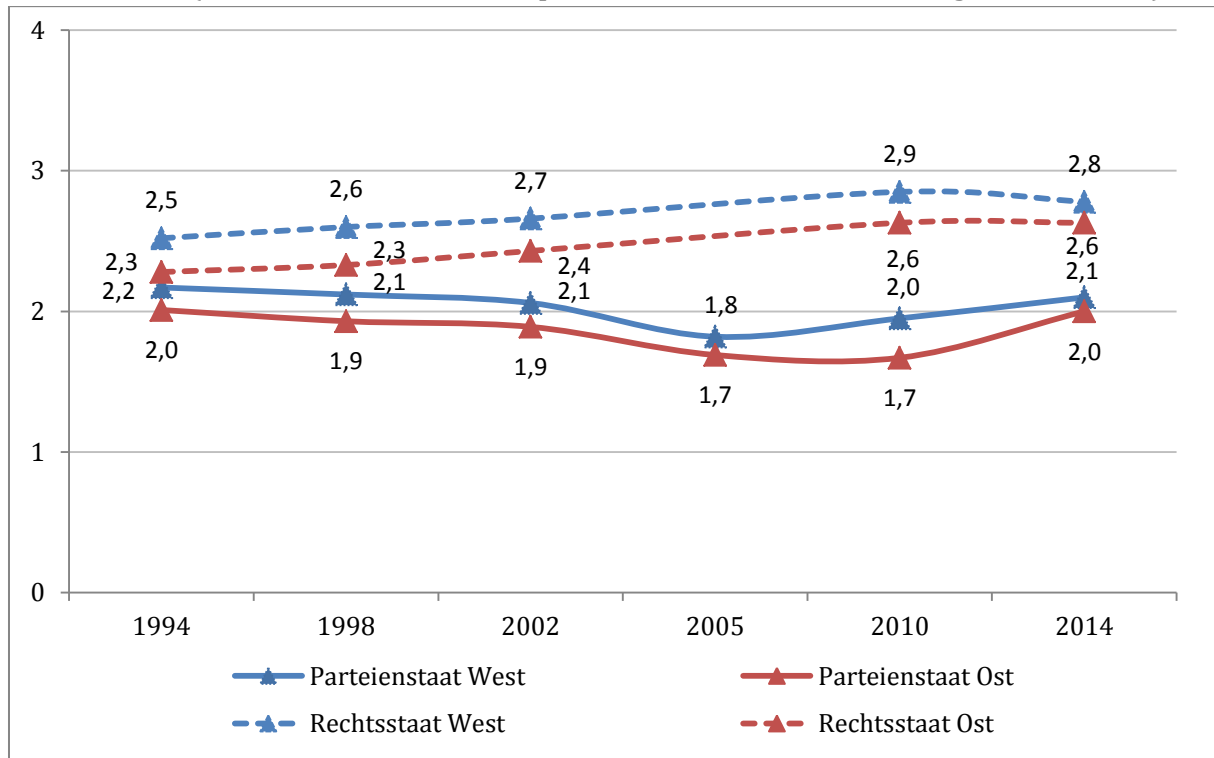
Quellen: Gabriel und Neller (2010), S. 116 (1991 bis 2007); Citizens and Representatives in France and Germany (2010); Deutschland 2014.

Abbildung 11 Unterstützung der Demokratie in West- und Ostdeutschland durch verschiedene Generationseinheiten, 2014 (Nennungen in Prozent)



Deutschland 2014. Fragen: „Glauben Sie, dass die Demokratie die beste Staatsform ist, oder gibt es Ihrer Meinung nach eine andere Staatsform, die besser ist?“ / „Glauben Sie, dass die Demokratie, wie wir sie in der Bundesrepublik haben, die beste Staatsform ist, oder gibt es Ihrer Meinung nach eine andere Staatsform, die besser ist?“ „Nun lese ich Ihnen zwei verschiedene Auffassungen über die Demokratie vor. Bitte sagen Sie mir, welcher dieser Aussagen Sie eher zustimmen: Ich bin (eher) für eine repräsentative Demokratie, also dafür, dass das Volk das Parlament wählt und dann das Parlament die politischen Entscheidungen trifft und dafür auch die Verantwortung übernimmt. Ich bin (eher) für eine direkte Demokratie, also dafür dass möglichst viele Entscheidungen von den Bürgern direkt und für alle verbindlich in Volksabstimmungen getroffen werden.“

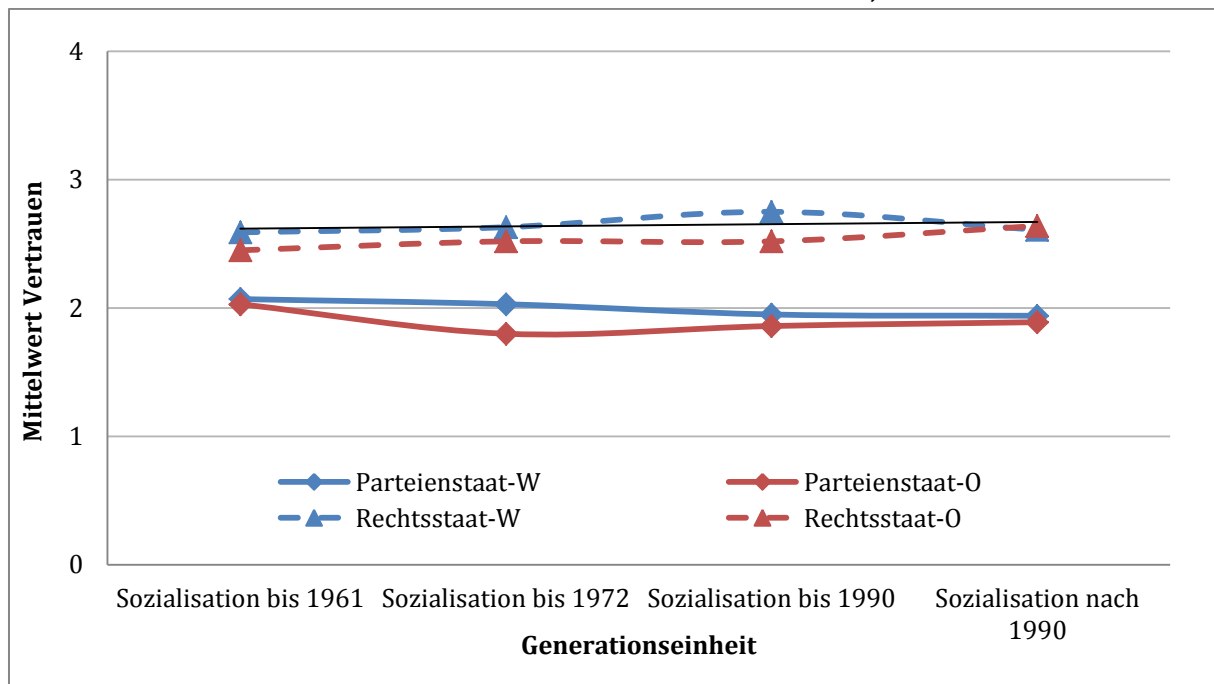
Abbildung 12 Entwicklung des Vertrauens zu den Institutionen des Parteien- und des Rechtsstaates in West- und Ostdeutschland 1994 – 2014
(Mittelwerte von 0 „überhaupt kein Vertrauen“ bis 4 „voll und ganz Vertrauen“)



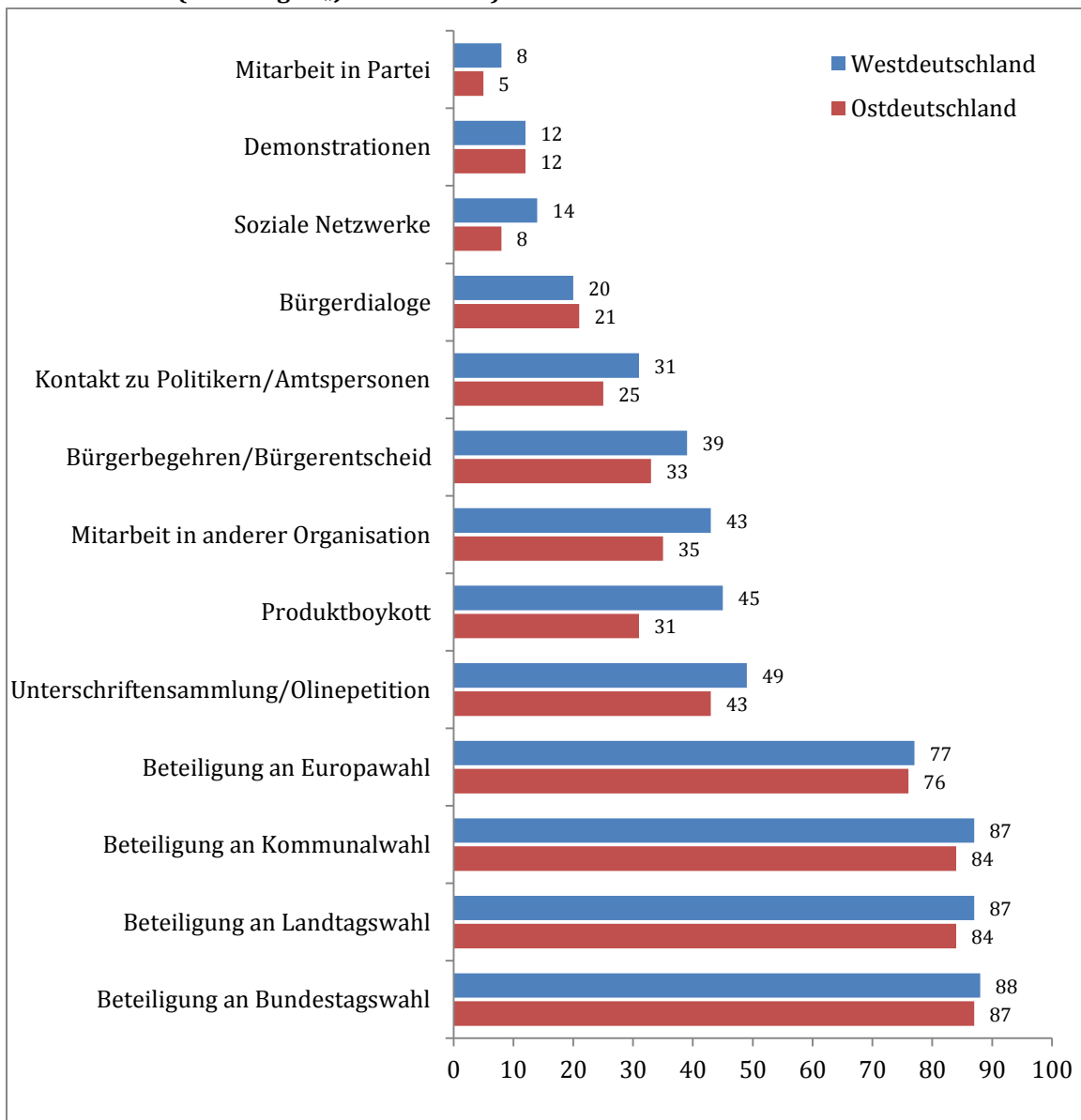
Quellen: Transformation politischer Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland (1994, 1998, 2002); Gesellschaft und Demokratie in Deutschland 2005; Citizens and Representatives in France and Germany (2010), Deutschland 2014.

Frage: Ich nenne Ihnen jetzt eine Reihe von Gruppen und Einrichtungen. Bitte sagen Sie mir für jede, ob Sie ihr voll und ganz vertrauen (4), weitgehend (3), teilweise (2), eher nicht (1) oder überhaupt nicht vertrauen (0): den politischen Parteien im Allgemeinen, dem Bundestag, den Gerichten, der Polizei. Der Index Vertrauen zu den parteienstaatlichen Institutionen umfasst das Vertrauen zu den politischen Parteien im Allgemeinen und zum Bundestag, Der Index Vertrauen zu den rechtsstaatlichen Institutionen umfasst das Vertrauen zu den Gerichten und zur Polizei. Die Werte für diese jeweils zwei Institutionen wurden addiert und, die Zahl der Items (2) dividiert, Dezimalstellen wurden auf- bzw. abgerundet. Insofern entsprechen die Indexwerte denen der Einzelindikatoren. Die Frageformate in den früheren Erhebungen sind weitgehend identisch.

Abbildung 13 Vertrauen zu den Institutionen des Parteien- und des Rechtsstaates in West- und Ostdeutschland in verschiedenen Generationseinheiten, 2014.

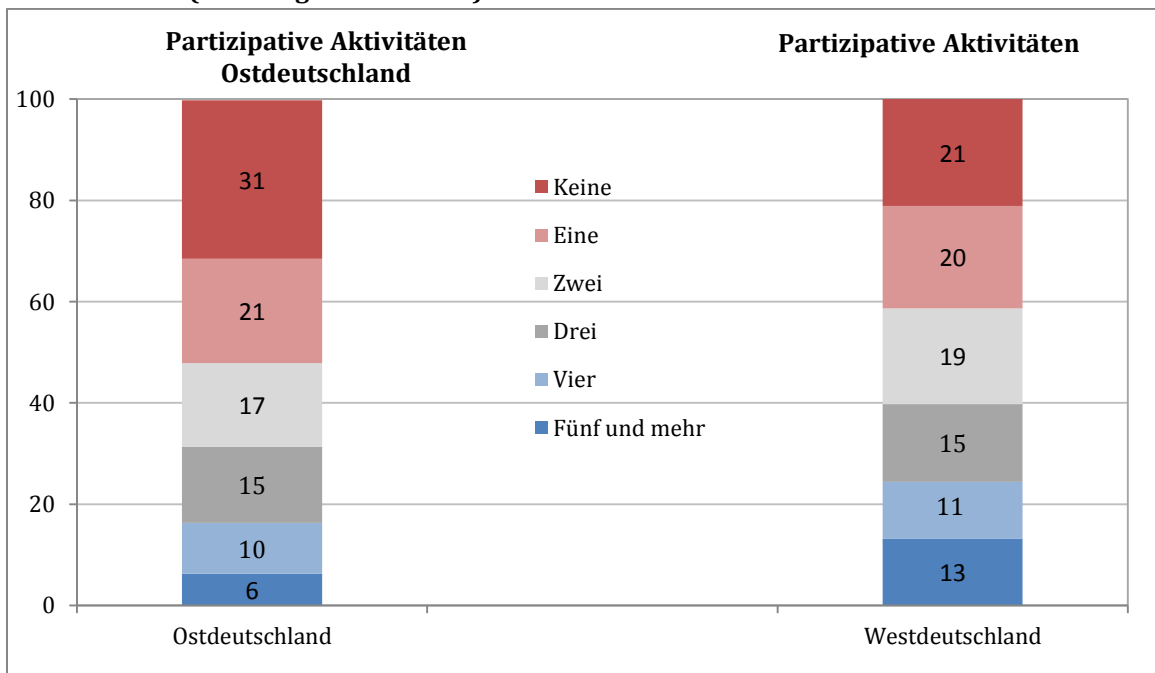


**Abbildung 14 Formen politischer Beteiligung in West- und Ostdeutschland, 2014
(Nennungen „Ja“ in Prozent)**



Frage: Es gibt ja verschiedene Möglichkeiten, mit denen man versuchen kann, etwas in Deutschland zu verbessern oder aber zu verhindern, dass sich etwas verschlechtert. Ich lese Ihnen nun einige Möglichkeiten vor und Sie sagen mir bitte jeweils, ob Sie das im Verlauf der letzten 12 Monate unternommen haben oder nicht.

**Abbildung 15 Kumulation partizipativer Aktivitäten in West- und Ostdeutschland, 2014
(Nennungen in Prozent)**



Anmerkung. Die Werte geben die Verteilung der Angaben über einen Zählindex wieder. Die Zahl der Aktivitäten variiert zwischen 0 (Teilnahme an keiner der neun erfassten Aktivitäten) bis 9 (Teilnahme an allen 9 erfassten Aktivitäten). Wegen geringer Fallzahlen wurden die Werte 5 bis 9 zusammengefasst.

**Abbildung 16 Politische Partizipation in west- und ostdeutschen Alterskohorten, 2014
(Mittelwerte auf einer Skala von 0 „Keine“ bis 5 „Fünf und mehr“ vgl. Abb. 15)**

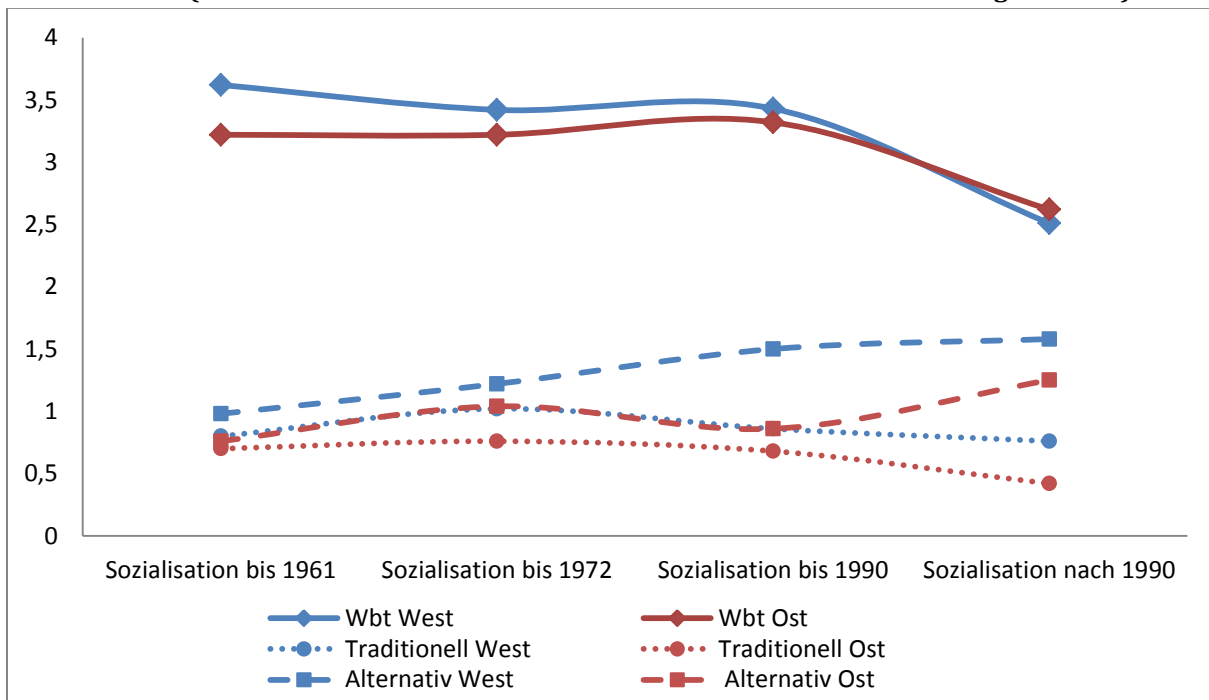
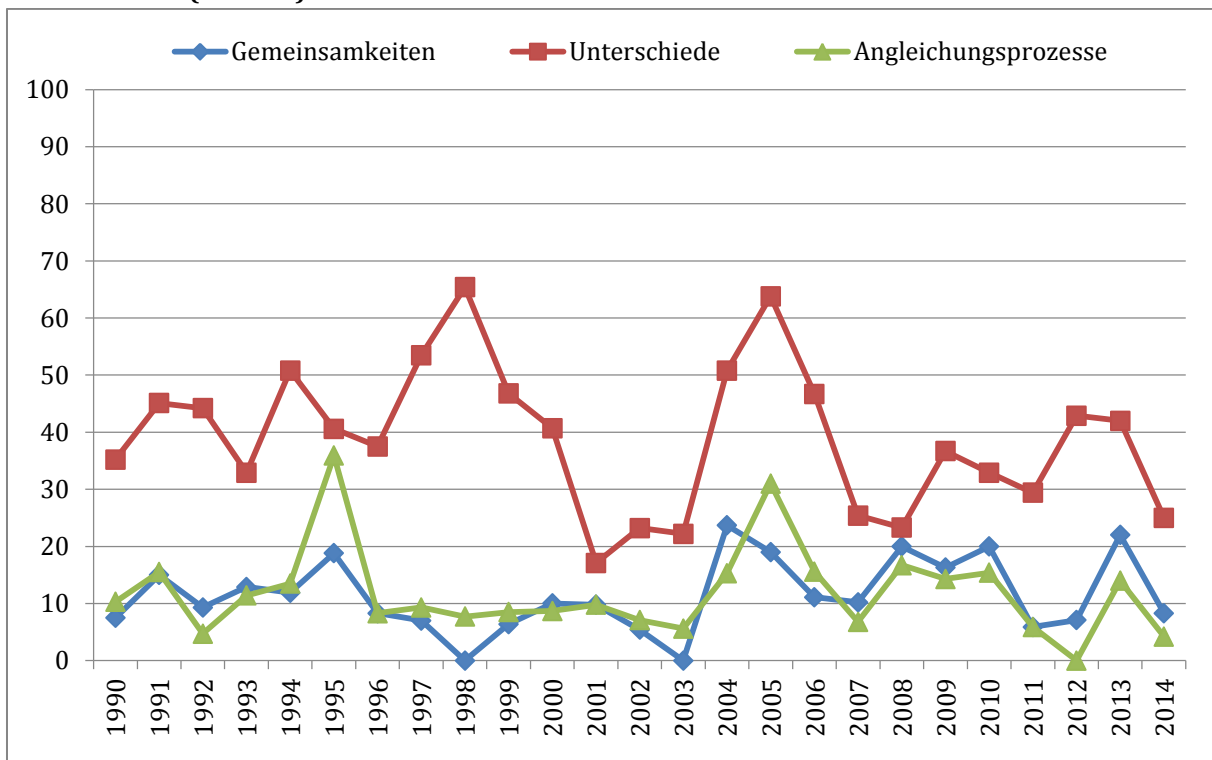
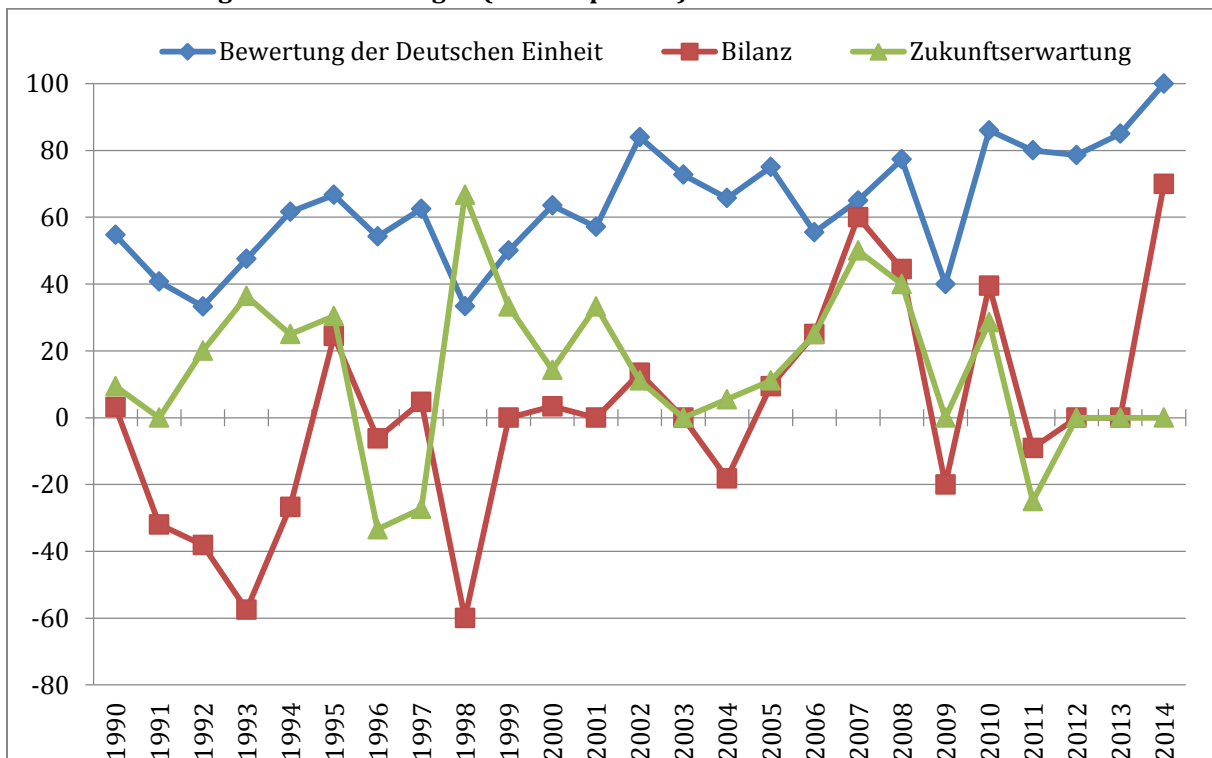


Abbildung 17 Darstellung von Gemeinsamkeiten in der Berichterstattung im Zeitverlauf (Prozent)

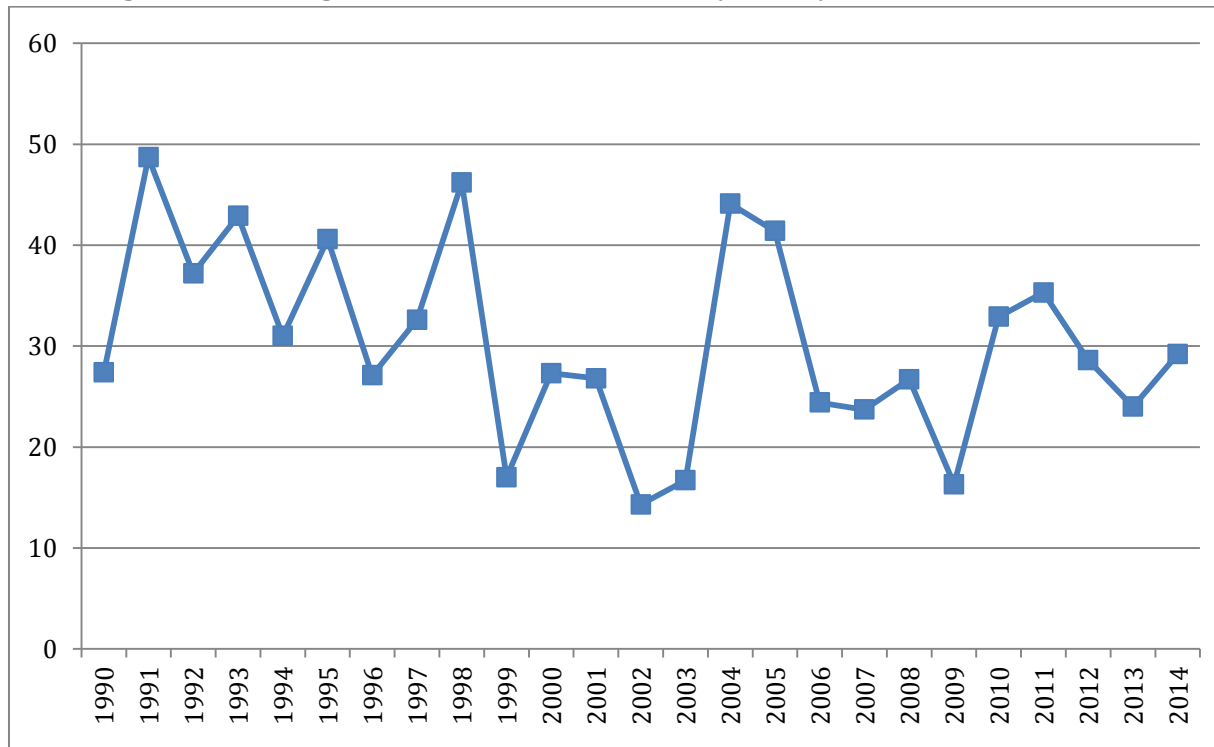


Basis: N = 1884 Artikel.

Abbildung 18 Einheitsbewertungen im Zeitverlauf, Differenz zwischen dem Anteil positiver und negativer Bewertungen (Prozentpunkte)



Basis: Bewertung der Einheit: N = 929; Bilanz: N = 592; Zukunftserwartung: N = 375.

Abbildung 19 Darstellung von Problemen im Zeitverlauf (Prozent)

Basis: N = 1884 Artikel.

Ansprechpartner und Autoren

Prof. Dr. Everhard Holtmann

Forschungsdirektor

Zentrum für Sozialforschung Halle e. V. an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
Großer Berlin 14
06108 Halle (Saale)

Tel.: 0345-96396 02

Fax.: 0355-96396 01

E-Mail: everhard.holtmann@zsh.uni-halle.de

Prof. Dr. Oscar W. Gabriel

E-Mail: oscar.gabriel@sowi.uni-stuttgart.de

Prof. Dr. Jürgen Maier

E-Mail: maierj@uni-landau.de

Prof. Dr. Michaela Maier

E-Mail: mmaier@uni-landau.de

Dr. Melanie Leidecker

E-Mail: leidecker@uni-landau.de

Dipl.-Soz. Tobias Jaeck

E-Mail: tobias.jaeck@zsh.uni-halle.de

Durchführendes Institut der Umfragestudie:

infratest dimap

Ansprechpartner: Uwe Meergans

E-Mail: uwe.meergans@infratest-dimap.de